INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

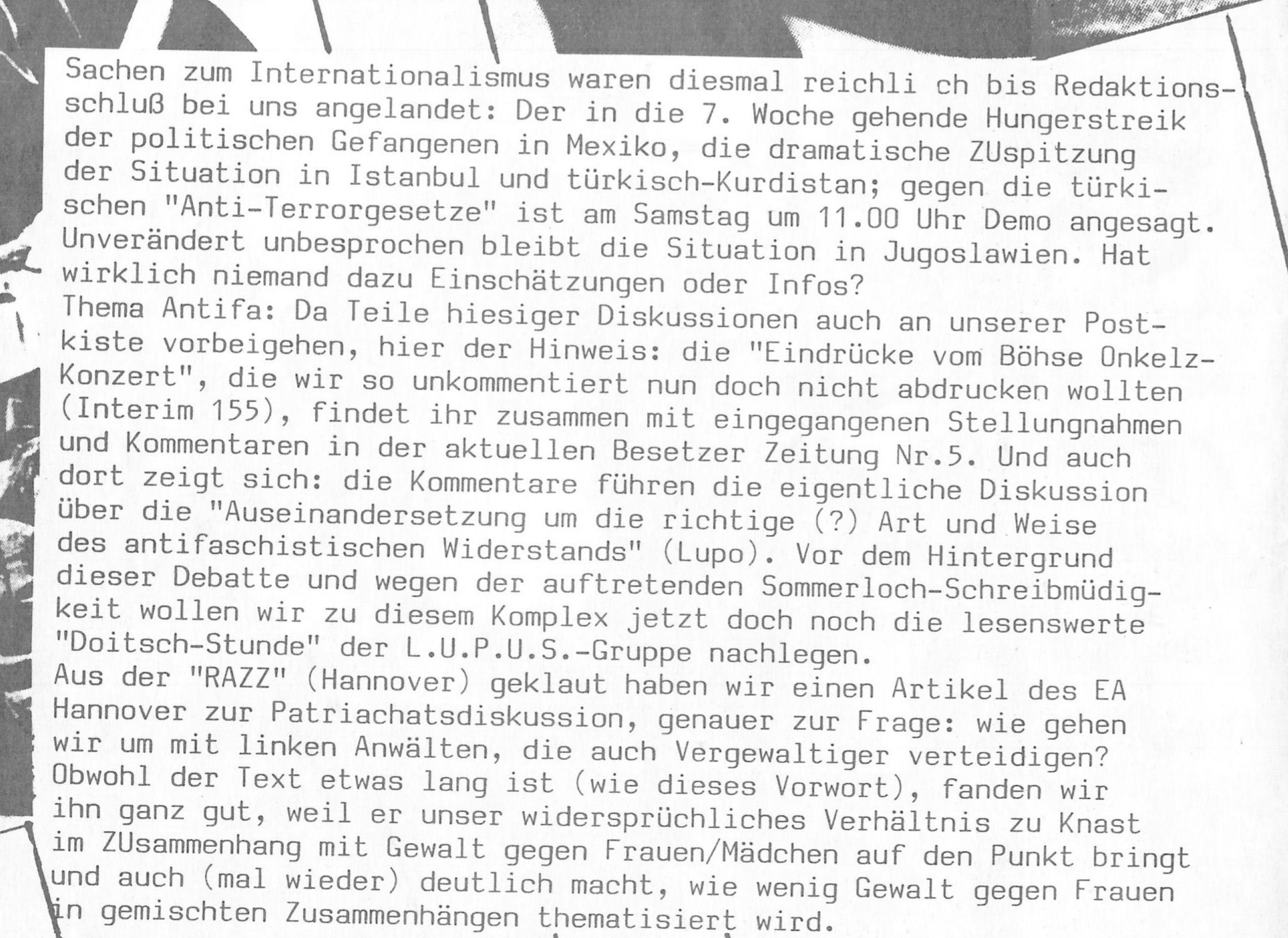
Nr. 156

18. Juli 1991

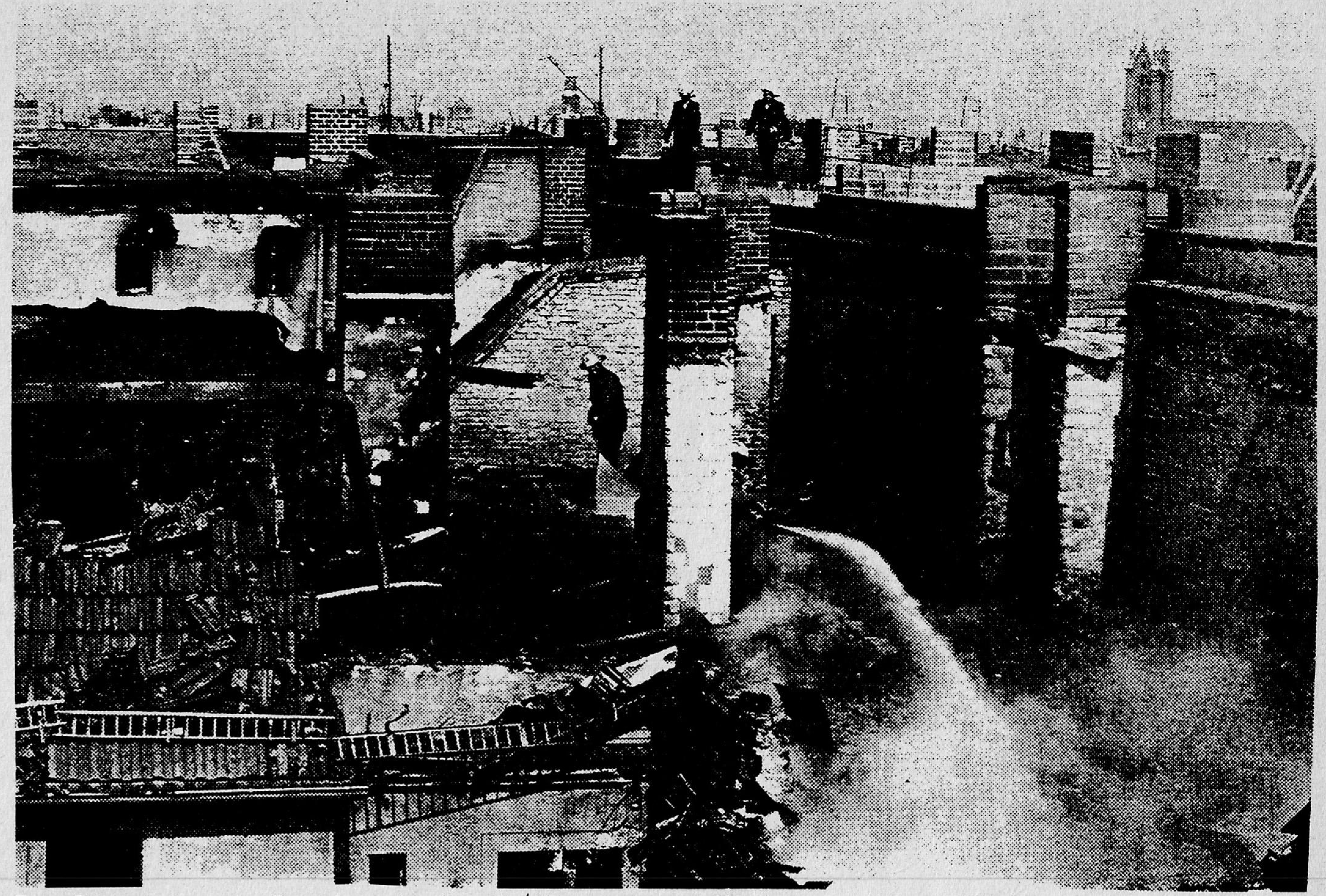
Das Vorwort

Vor 55 Jahren, am 19. Juli 1936 begann der spanische Bürgerkrieg. An diesem Tag siegte die Bevölkerung von Barcelona über die faschistischen Truppen, die sich dem Putsch des Generals Franco angeschlossen hatten. Dieser Sieg hättte der Auftakt zur Befreiung ganz Spaniens werden können, wenn nicht die hitlerdeutsche Luftwaffe den Putschisten geholfen hätte, maurische Söldnertruppen aufs Festland einzufliegen und deren Vormarsch aus der Luft freizubomben. Rund 20.000 deutsche Soldaten kämpften während des Bürgerkrieges in der "Legion Condor" gegen die spanische Bevölkerung und die Volksfront Regierung. Auf der anderen Seite kämpften in den internationalen Brigaden auch mehrere Tausend vor der Nazidiktatur immigrierte AnarchistInnen und KommunistInnen an der Seite der spanischen Milizen gegen den Frankofaschismus. Für die Linke ging es um die Bewährung internationaler Solidarität und um die Zukunft eines freiheitlichen Sozialismus. Für die Hitler-Mussolini-Franco-Koalition war der Krieg eine willkommene Generalprobe für den 2. Weltkrieg, der im Holocaust und im Überfall auf die Sowjetunion gipfelte. Die von Deutschen bombardierte Stadt Guernica erlebte 1937 als erste, was später Rotterdam und Coventry und viele andere Orte erleiden mußten: Deutsche Terrorangriffe auf die Zivilbevölkerung.

Warum wir das hier im Vorwort so breit auswalzen und sogar die Zeitung diesmal in dieses Thema "einwickeln", hat mit unserer eigenen Diskussion zu tun: Es ist uns immer wieder eine Frage, ob wir eigentlich zu viel oder - angesichts der immer nachwachsenden Szenegenerationen-nicht vielleicht zu wenig über unsere Geschichte z.B. über Antifa und Internationalismus nachdenken. (Die Radi versucht sich beispielsweise seit längerem an einem ganzen Projekt "Gegen das Vergessen" zu diesem Komplex.)



Sachen zum Internationalismus waren diesmal reichli ch bis Redaktionsschluß bei uns angelandet: Der in die 7. Woche gehende Hungerstreik der politischen Gefangenen in Mexiko, die dramatische ZUspitzung der Situation in Istanbul und türkisch-Kurdistan; gegen die türkischen "Anti-Terrorgesetze" ist am Samstag um 11.00 Uhr Demo angesagt. Unverändert unbesprochen bleibt die Situation in Jugoslawien. Hat wirklich niemand dazu Einschätzungen oder Infos?
Thema Antifa: Da Teile hiesiger Diskussionen auch an unserer Postkiste vorbeigehen, hier der Hinweis: die "Eindrücke vom Böhse Onkelz-Konzert", die wir so unkommentiert nun doch nicht abdrucken wollten (Interim 155), findet ihr zusammen mit eingegangenen Stellungnahmen und Kommentaren in der aktuellen Besetzer Zeitung Nr.5. Und auch dort zeigt sich: die Kommentare führen die eigentliche Diskussion über die "Auseinandersetzung um die richtige (?) Art und Weise des antifaschistischen Widerstands" (Lupo). Vor dem Hintergrund dieser Debatte und wegen der auftretenden Sommerloch-Schreibmüdigkeit wollen wir zu diesem Komplex jetzt doch noch die lesenswerte "Doitsch-Stunde" der L.U.P.U.S.-Gruppe nachlegen.
Aus der "RAZZ" (Hannover) geklaut haben wir einen Artikel des EA Hannover zur Patriachatsdiskussion, genauer zur Frage: wie gehen wir um mit linken Anwälten, die auch Vergewaltiger verteidigen? Obwohl der Text etwas lang ist (wie dieses Vorwort), fanden wir ihn ganz gut, weil er unser widersprüchliches Verhältnis zu Knast im ZUsammenhang mit Gewalt gegen Frauen/Mädchen auf den Punkt bringt und auch (mal wieder) deutlich macht, wie wenig Gewalt gegen Frauen in gemischten Zusammenhängen thematisiert wird.



Zum Brand in der Dunckerstraße 14/15 sind uns Worte von Hanno Klein im Ohr: "Notwendig ist die Bereitschaft und die Experimentierlust für neue Modelle gesellschaftlichen Handelns in einer Zeit, in der verbindliche Maßstäbe nicht mehr zu haben sind" (Ausstellungskatalog"Berlin heute" der Berlinischen Galerie Frühjahr 1991). Daß diese "neuen Modelle gesellschaftlichen Handelns" auch brandstiftung einschließen, scheint in der Dunckerstraße deutlich geworden zu sein und ebenso, daß die von den Reißbrettstrategen in schönfärberischen Worten angekündigte Verdrängung im Innenstadtbereich an Schärfe zunimmt.

Zum Schluß: vergesst nicht, die nächste Nummer 157 erscheint im 14 Tagen am 1. August.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

INHALT:

Ordner:

- Destroy university -search education
- Ecomedia Bulletin Mai und Juni (in English)
- Hungerstreikerklärung von Andreas Böhm
- Bericht aus der JVA Mannheim
- Devrimci Sol Nr.27

Vertriebsbedingungen:

Einzelabos und **Einzelbestellungen**, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch **Infoläden und -cafés** außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere **Wiederverkäuferinnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.

Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger Cuvrystr. 25 und im Kopierladen M99 in der Manteuffelstr. 99 und sind dort allgemein zugänglich.

Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Es gilt Anzeigenliste Nr. 3 vom 1. Mai 1989.

D U N C K E R   B R E N N T !

Gestern morgen, am 12. 7. um 6.30 Uhr, brach in einem am Vortag zugemauertem Gebäudeteil im zweiten Hinterhof der Dunckerstr. 15 ein Feuer aus. Offensichtlich handelt es sich um Brandstiftung. Dies ist für uns der Schlußpunkt einer Kette von Ereignissen, mit denen versucht wird, durch Gefährdung von Menschenleben und Verleumdungen die BewohnerInnen der Dunckerstr. 14/15 zu vertreiben und damit das Projekt zur Instandsetzung dieser Häuser zu zerstören.
In den vergangenen 1 1/2 Jahren versuchen wir, die seit 1986 leerstehenden Häuser wieder nutzbar und bewohnbar zu machen. Dabei entstehen neben Wohnräumen Werkstätten (Töpferei, Tischlerei, Nähwerkstatt) , Ateliers, Proberäume, Cafe, Kinderprojekt und andere gemeinschaftliche Projekte.
Es gelang uns, für einige Gebäudeteile Mietverträge abzuschließen, die Planung für die Intstandsetzung der bisher nicht nutzbaren Gebäudeteile geht voran. Daß wir auf dem richtigen Weg sind, zeigte uns eine tags zuvor stattgefundene Begehung durch VertreterInnen der Bauaufsicht und der Wohnungsbaugesellschaft Prenzlauer Berg (WIP), wobei wor in wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielen konnten und weitere Verträge in Aussicht gestellt wurden.
Seit einigen Wochen häufen sich jedoch Aktionen, mit denen versucht wird, unser Leben und Arbeiten in diesen Häusern zu zerstören. Das begann mit der Veröffentlichung der Artikelserie "Wir Kinder vom Alex" in der Zeitung "SUPER" am 17.6.91. Neben anderen Eintichtungen im Kiez wurde besonders über die Dunckerstr. 14/15 und ihre BewohnerInnen durch frei erfundene Behauptungen wie Prostitution, illegaler Waffenbesitz und weitere Diffamierungen der Öffentlichkeit ein völlig falsches Bild vermittelt. Daraufhin befaßte sich der Arbeitskreis Instandsetzung Prenzlauer Berg mit VertreterInnen vom Bezirk, Senat, WIP, politischen Parteien und HausbesetzerInnen mit dieser Verleumdungskampagne. Durch einen Besuch in der Duckerstr. 14/15 konnten sich VertreterInnen des Arbeitskreises von der Unwahrheit der Behauptungen in der "SUPER" - Artikelserie überzeugen.
Gleichzeitig jedoch wurde durch diese Stimmungsmache die Polizei dazu verleitet, HausbewohnerInnen tätlich anzugreifen und willkürlich vorübergehende Festnahmen zu machen.
Gerade in dem am Vortag zwecks notwendiger Baumaßnahmen gesperrten, von den BewohnerInnen nicht genutzten Gebäudeteil schlugen die Flammen aus. Das Feuer breitete sich über den gesammten Dachstuhl aus und zerstörte große Teile des Hauses Dunckerstr. 15. Trotz sofortiger Alarmierung der Feuerwehr dauerte es Ewigkeiten, bis die ersten Löschzüge ankamen. Anstatt das Feuer sofort gezielt vom Dach aus zu bekämpfen, wartete die Feuerwehr damit, bis das Feuer auf andere Mietshäuser überzugreifen drohte. Wir fragen: Warum zeigte die Feuerwehr kein ernsthaftes Interesse, das Haus zu retten? Warum wurde die Presse von den zuständigen Stellen so spät informiert?

Wir sind fassungslos über die Skrupellosigkeit einer sich offenbarenden Umstrukturierungsmafia, die auch nicht davor zurückschreckt, über Leichen zu gehen. Sind das jetzt die Methoden, die alle hier im Kiez lebenden zu erwarten haben, wenn es um die Entfernung unliebsamen Menschenmaterials aus profitträchtigen Spekulationsobjekten geht? Wir geben nicht auf.
Mit Hilfe einer informierten Öffentlichkeit hoffen wir auf Eure Unterstützung. Vor allem brauchen wir jetzt Baumaterialspenden und die vorurteilsfreie Sympathie in Prenzlauer Berg und überall.
Es geht voran! Duncker lebt!

PSYCHIATRIE: ZUM WEGLAUFEN

Wenn Sie weitere Informationen
haben möchten, schreiben Sie an:
VEREIN ZUM SCHUTZ VOR
PSYCHIATRISCHER GEWALT e.V.
Hauptstr. 147
1000 Berlin 62

WAS WÜRDEN SIE TUN, WENN MAN SIE GEGEN IHREN WILLEN....

..... mit Elektro-Schocks behandelt
..... durch Psychopharmaka 'ruhigstellt'
..... in eine Isolierzelle steckt
..... bevormundet und entmündigt
..... mit Fixiergurten ans Bett fesselt

Dies sind Gründe, warum Menschen aus der Psychiatrie weglaufen. Aber wohin? Rechtlos, ohne Arbeit, Geld und Wohnung endet die verzweifelte Suche nach würdigen Lebensbedingungen meist dort, wo die Flucht begann: in der psychiatrischen Anstalt !

Das geplante WEGLAUFHAUS bietet Menschen, die vor der Gewalt der Psychiatrie fliehen:



* einen Zufluchtsort, an dem sie Ruhe finden und neue Kraft schöpfen können

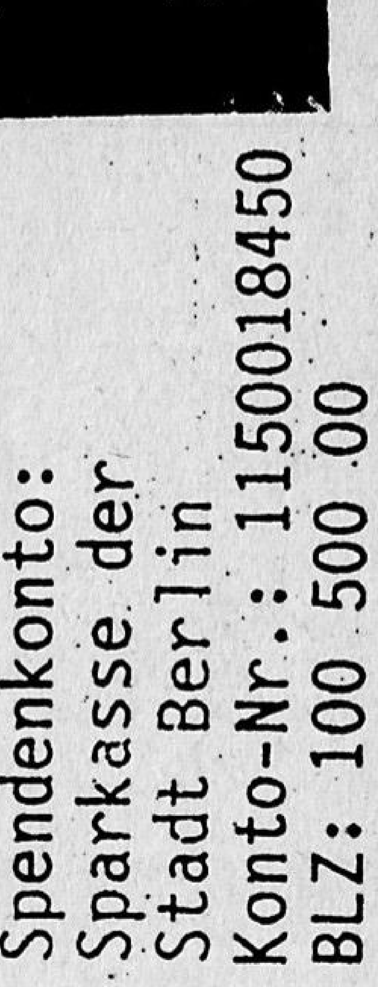
* Schutz vor PsychiaterInnen, die ungewöhnliche Gefühle in eine Krankheit verwandeln

* stufenweises Absetzen nervenschädigender Psychopharmaka, die Verstand, Gefühle und Vitalität blockieren

* Unterstützung durch engagierte MitarbeiterInnen, die ähnliche Erfahrungen gemacht und verarbeitet haben

* die Möglichkeit zu selbstbestimmtem Leben in der Gemeinschaft

Noch im Oktober 1990 sagte die Berliner Senatorin für Gesundheit und Soziales Ingrid Stahmer öffentlich:
" ***Auch das Weglaufhaus wird realisiert.*** "
Unter dem Vorwand einer katastrophalen Haushaltslage hält sich der Senat inzwischen nicht mehr an diese Finanzierungszusage. Aber der VEREIN ZUM SCHUTZ VOR PSYCHIATRISCHER GEWALT e.V. gibt nicht auf !


Spendenkonto:
Sparkasse der
Stadt Berlin
Konto-Nr.: 1150018450
BLZ: 100 500 00

Das Haus steht bereit (Foto). Eine großzügige private Spende hat Kauf und Renovierung ermöglicht: Der Betrieb könnte beginnen.

DAFÜR BRAUCHEN WIR IHRE SPENDE !!

Sobald wir dank Ihrer Hilfe die laufenden Kosten tragen können, eröffnet in Berlin das erste WEGLAUFHAUS.

AUS DEM KONZEPT:

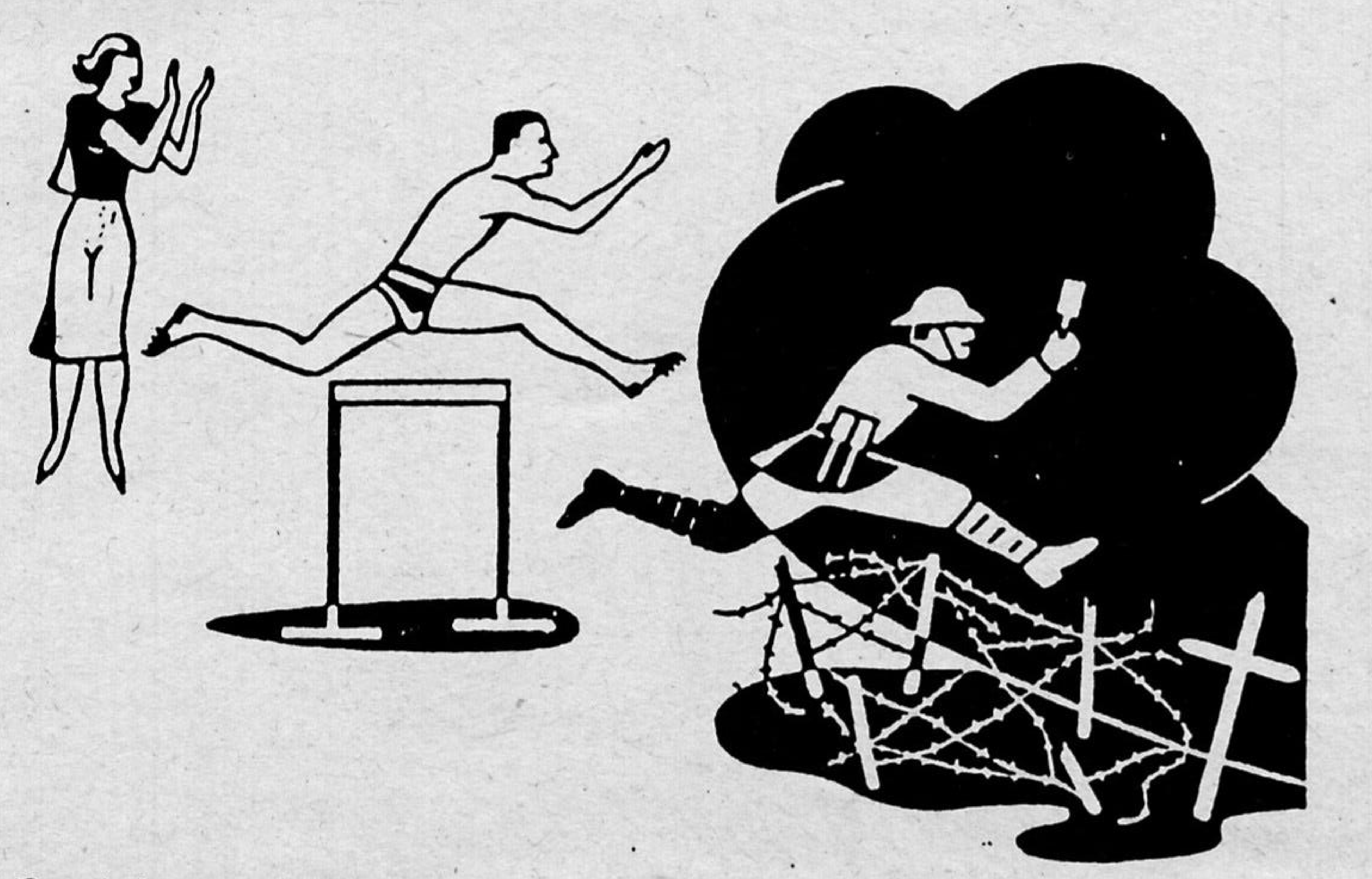
Das Weglaufhaus soll eine Bresche in die Mauer schlagen, die die Psychiatrie auch in ihrer modernen, 'offenen' Form um die Betroffenen errichtet. Es soll den aus psychiatrischen Anstalten weggelaufenen Menschen ermöglichen, in ein selbstbestimmtes Leben zurückzukehren. Wir wollen keine 'alternative Klinik' oder neue Therapie-Einrichtungen, sondern einen beschützten und betreuten Lebensraum. Wer im Weglaufhaus leben will, muß bereit sein, sein Leben selbst zu verantworten und die eigenen Qualitäten und Fähigkeiten einzubringen. Wir arbeiten daraufhin, Verständnis für Ver-rücktheit herzustellen und Formen Zwang- und Psychopharmaka-freier Unterstützung zu finden.
(Nicht aufnehmen können wir Menschen, die drogenabhängig sind oder aus der Forensischen Psychiatrie kommen.)

Die Spur führt in die TU ...OLYMPIA

Gespannt waren wir, die wir uns erdreistet hatten, die Negativ-Aspekte des Megaprojektes Olympia 2000 anzuprangern, wie sich die Herren Olympiamanager & Stadtverplaner aus der Affäre zu ziehen gedachten! Doch - anstatt der üblichen aalglatten Rethorik hatten sie nur platte Sprüche und Denkschemata von vorgestern zu bieten.
"Go for gold" und *"berlin is best"* - das ist das Credo von Olympia-GmbH-Chef Grüttke. Einer seiner wackeren Mitstreiter will *"der Jugend wenigstens noch ein Ideal geben"*. Eigentlich war der für die dritte Veranstaltung vorgesehen, nach dieser Vorstellung seiner Geisteshaltung wurde er jedoch ausgeladen. Schade.
Grüttkes Mentor, Daimler Benz Chef Edzard Reuter kann sich besser artikulieren: im Tagesspiegel fordert er von der Stadtregierung, daß sie "ebenso entschlossen wie zügig an's Aufräumen und Umstrukturieren geht". Daimler Benz fördert die Olympiabewerbung von Berlin mit 15 Mio DM.

Olympia: Show der internationalen Konzerne - Brot und Spiele für's Volk
Kurzzeitige Beschäftigung während der Olympiade und die Spiele selbst sollen von der Dauerarbeitslosigkeit ablenken, in die viele Menschen durch die brutale Zerschlagung der DDR-Industrien getrieben wurden.
Durch die weltweite Übertragung ist die Olympiade ein attraktiver Werbeträger für Konzerne, Austragungsland und -ort. Die Anhäufung von Geld, das für diesen Zweck mobilisiert wird, prägt den Charakter der modernen Spiele. Die Olympiade wird zum Motor der Umstrukturierung der Städte.
Arme Länder haben weder viele zahlungskräftige Adressaten der Werbung noch genügend Mittel zur Vorfinanzierung auf eine ungewisse Entscheidung des IOC hin zur Verfügung. Olympia erweist sich so nicht als Fest der Begegnung gleicher Völker, sondern als Glitzershow der Metropolen. Arme Länder bleiben Randerscheinungen, wie in der Weltwirtschaftsordnung: In Afrika hat noch nie eine Olympiade stattgefunden.

Umstrukturierung: Stadtplanung und Olympia
Bohigas, Olympia-Architekt von Barcelona, schuf mit seinen Olympia-Dörfern teure *"Elite-Inseln"* in der Stadt; Kollhoff fordert für Berlin *"Injektionen"* in's Stadtgefüge.
Die Planung für Olympia 2000 entspricht diesem Konzept: Eine 400 Mio DM -*"Injektion"*, die Olympia-Halle, soll den Olympiaveranstaltern nur 20 Mio DM Miete kosten. Kommerzielle Großveranstaltungen und integrierte teure Läden und Restaurants sollen den Löwenanteil zur Finanzierung der Halle beitragen. Die *"Ausstrahlung"* dieser *"Injektion"* wird die Chauseestrasse umstrukturieren. Ein alter Stadtplanertraum, die noble Friedrichstrasse nach Norden zu verlängern, wird verwirklicht. Die jetzigen BewohnerInnen werden sich ihren Wohnort bald nicht mehr leisten können. *"Stadtplanung als gutorganisierte (?) Verdrängung"*(Hanno Klein).
Auch für die Studierenden bleibt nur noch der Stadtrand. Das Olympia-Jugendlager Wuhlheide soll später StudentInnenwohnheim werden.
Von dieser Stadtplanung profitieren nur die mit den dicken Geldbeuteln.



Gerd Arntz • Lehrschritte / Holzschnitt

Sport und reaktionäre Ideologie
Verdrängt wird dagegen die Olympiade, die 1936 in dieser Stadt stattfand: auf die Frage, wie man denn im Nazi-Stadion überhaupt noch Olympische Spiele durchführen könne, zuckte Grüttke nur mit den Achseln. Vergangenheitsbewältigung war im BRD-Sportwesen ja auch nie Thema: Die drei führenden Nazi-Sportfunktionäre Karl Ritter von Halt (IOC-Mitglied '29-'64, organisierte '45 den *"Volkssturm"*), Guido von Mengden (Mitorganisator der Olympiade '72 in München) und Carl Diem (Sportreferent der BRD-Regierung ab '50) waren schon Anfang der '50er Jahre in ihre alten Schlüsselpositionen zurückgekehrt.
Trotz dieser verdrängten braunen Kontinuität brauchen sich die Planer keine Sorgen zu machen. Das IOC für ein *"wiedergeborenes,neues"* Grossdeutschland einzunehmen, dürfte nicht schwerfallen. Avery Brundage, IOC-Präsident '52-'72, steht mit seiner Sichtweise der '36er Olympiade in der langen reaktionären Tradition des IOC nicht allein: *"1936 kam es zu einer organisierten und gut finanzierten Attacke gegen die XI. Olympischen Spiele, weil bestimmte Personen und Gruppen die deutsche Regierung jener Zeit nicht guthiessen, obwohl diese deutsche Regierung nichts mit der Organisation oder Kontrolle der Spiele zu tun hatte. ... Man mag hinzufügen, daß die Spiele von 1936 zu den bedeutendsten gehören und daß sie in absoluter Übereinstimmung mit den Olympischen Regeln abgewickelt wurden."*

Über Reaktionen, z.B. aus den Entwurfsprojekten zu Olympia, würden wir uns freuen ••• **HO AG**

Als Zweck des Sports nennt Reichssportführer von Tschammer und Osten:

„Charakterbildung
Leibesertüchtigung erfordert täglich den raschen, vollen Einsatz des Körpers bei vielen Übungen. Ängstliches Zögern beim Sprung vom Brett, beim Kampf Mann gegen Mann, wird vom festen Willen überwunden. Der Wille wächst mit der steigenden Kraft und Leistung des Körpers.
Starkes Wollen und das Vertrauen zum eigenen Können sind feste Stützen und Grundlagen jeder Charakterbildung.

Förderung der Wehrkraft
Der Dienst mit der Waffe stellt hohe Ansprüche an den Körper. Nur ein gesunder, kräftiger Mann kann der großen Aufgabe des Staatsbürgers gerecht werden, den Heimatboden zu verteidigen.
Die heutigen Anforderungen an den Soldaten sind weit höher als früher. Die Ausbildung des Rekruten verliert kostbare Zeit, wenn er erst nach Wochen oder Monaten imstande ist, die körperlichen Anstrengungen mühelos zu bewältigen.
Nur wer seinen Körper beherrscht, lernt die Waffe beherrschen und meistern.

Leistungssteigerung im Beruf
Kraft und hohes Können verlangt auch jeder Lebensberuf. Er ist ein Kampf aller um Behauptung und Aufstieg.
Nachhaltige, steigende Leistungen vollbringt nur der gesunde Leib. Leichter als der Schwächling bewältigt er auch geistige Aufgaben. Wissen und Kraft vereint, sind Unterpfände des Erfolgs im Leben und Beruf.

Volksgemeinschaft
Der gesunde, starke, fleißige Mensch schafft und strebt für sich, seine Familie, sein Werk und für die große Volksgemeinschaft. Er ist der hilfsbereite Kamerad seiner Gefährten und versteht Waffen und Wehr zu handhaben, wenn das Vaterland ruft. Die Gesetze seiner Gemeinschaft befolgt er ebenso willig wie die des Wettkampfs.
Er hat Achtung vor dem Können und Verständnis für das Wollen seiner Volksgeschwister.
Selbstsichere Kraft verleiht ihm die wahre Würde des Staatsbürgers.

Schönheit und Anmut
Nur der kraftgestählte, gesunde Körper ist schön. In ihm lebt das natürliche, unverbildete Verständnis für Schönheit und ein sicheres Kunstempfinden.
Leibesübungen, die immer wiederholten Übungen des Leibes, entwickeln Gewandtheit und mit zunehmender Beherrschung männlich-kraftvolle und weiblich-gelöste Anmut.
Der leibesfrohe Mensch und seine Gemeinschaft sind die Pflanzstätte kultureller Werte.

Außenpolitische Werte
Der Starke fürchtet sich nicht. Im Vertrauen auf seine Kraft reicht er dem Gegner die Hand vor dem Wettstreit.
Starke Völker achten einander.
In sportlichen Kämpfen erproben sie ihre Kraft. Ihre Leistung verschafft ihnen Achtung und Verständnis bei den anderen.
Ritterlicher Sport *verbindet* die Völker.

Die Wiederbelebung der Olympischen Spiele
Gegen Ende des letzten Jahrhunderts hatte die Aristokratie in Europa abgewirtschaftet, durch die Industrialisierung und die französische Revolution hatte das Bürgertum die Macht übernommen, die Bauern waren nicht mehr leibeigen, ein städtisches Proletariat hatte sich gebildet, Klassenkämpfe erschütterten das System; das alles ist bekannt.
Pierre Fredy Baron dé Coubertin wollte den alten Führungsanspruch des Adels über die Abhaltung sportlicher Wettkämpfe wieder begründen. Zur Ideologie von Coubertin sollten ein paar Zitate ausreichen: "Der Wettkämpfer der Neuzeit erhöht sein Vaterland, seine Rasse, seine Fahne." "Von jeher war immer nur eine Elite bedeutend, denn eine auserwählte und zahlenmäßig nicht sehr starke Gruppe ist mehr wert, als eine breite, mittelmäßige Masse." "Nun muß das Leben der proletarischen Jugend von der Freude am Sport durchdrungen werden. Es muß dies geschehen, weil sie das billigste Vergnügen, das dem Prinzip der Gleichheit am besten entsprechende, das wirksamste gegen den Alkohol und das produktivste an beherrschten und kontrollierten Energien ist. Der Sport hat eine der beträchtlichen Rollen bei der Durchführung sozialer Reformen zu spielen, weil der Sport, der Klassenunterschiede verwischt, auch ein mächtiger Blitzableiter für alle schlechten Instinkte ist." Coubertin erreichte, daß nur reine Amateure an den Spielen der Neuzeit teilnehmen konnten. Dieser Amateurgedanke kam aus der britischen Bourgeoisie, die damit ihre Sportvereinigungen und -veranstaltungen gegen Angehörige des Proletariats abschirmte. Denn nur Angehörige der Oberschicht konnten es sich leisten, ohne Entgelt und Bezahlung zu trainieren und an Sportveranstaltungen teilzunehmen. Der Amateurstatus mußte bald aufgeweicht werden, da sich sonst nur noch Mittelmaß bei Olympia getummelt hätte. Das IOC blieb jedoch ein Stelldichein reaktionärer Adliger und Industriebarone.

V.i.S.d.P.: Hr. Herrmann, Clayallee 237,1-37

TÜRKEI

DER STAATSTERROR UND SCHMUTZIGE KRIEG GEGEN DIE KURDISCHEN UND TÜRKISCHEN VÖLKER ERREICHT EINE NEUE DIMENSION

Der Staatsterror und schmutzige Krieg gegen die türkischen und kurdischen Völker erreicht eine neue Dimension. Dabei gehört das Massaker am kurdischen Volk schon zum alltäglichen Leben und für das letzte Massaker steht Diyarbakır als Beispiel.

Doch jegliche Unterdrückung, Verbote, Festnahmen und Folter können den revolutionären Kampf und kurdischen nationalen Befreiungskampf nicht stoppen. Und da sie sich dessen bewußt sind, greifen diesmal die Todesschwadoren und Kontra-Guerillabanden die Revolutionäre, das Volk und die Intellektuellen offen an.

Durch die Zuspitzung des Kampfes der Massen verfällt die Oligarchie, der Imperialismus deren Armee, Polizei und Kontra-Guerilla in Panik und dadurch, daß sie den Staat in Gefahr sehen - reagieren die reaktionären Kräfte nun unkalkulierbarer und agressiver.

Der ermordete HEP-Partei (Arbeiterpartei des Volkes) Vorsitzende von Diyarbakır, Vedat AYDIN, war als fortschrittlicher Patriot bekannt. An seiner Beerdigung in Diyarbakır nahmen Zehntausende teil. Der Trauerzug und der Bus der HEP-Partei wurden von der TIM (Spezialeinheit) plötzlich beschossen, 20 Menschen getötet, mehrere Hundert verletzt und ca. 400 Personen festgenommen. Ein offensichtlich brutales Massaker das zum Ziel hatte, die Massen und Intellektuellen einzuschüchtern, damit sie sich klar und deutlich auf die Seite des Staates stellen.

Es reichte anscheinend nicht aus Prof. Muammer AKSOY, den Journalisten Çetin EMEÇ und Bahriye ÜÇOK zu ermorden. Auch nicht in kurdischer Guerilla-Uniform verkleidet Dörfer zu überfallen und Massaker anzurichten, den 1.Mai zu verbieten und in Menschenmassen zu schießen.

Es ist unübersehbar, daß sich der Staatsterror und die Aggresivität gegen das Volk in Kurdistan und der Türkei zuspitzt.

Nachdem das Anti-Terror Gesetz in Kraft ist, wurden allein in İstanbul in den letzten Monaten 10 Fortschrittliche, Revolutionäre, Patrioten und einfache Bürger von der Polizei getötet. Dabei wird der Staatsterror durch dieses neue Gesetz, das der Polizei und den Kontra-Guerillas erlaubt zu schießen, zu töten und zu foltern, legalisiert - um so den sich entwickelnden revolutionären Kampf zu verhindern. Das Ergebnis liegt auf der Hand: Überfälle auf der Straße, Hausrazzien finden statt und die revolutionären Töchter und Söhne des Volkes werden ermordet.

Rechtsanwälte werden vor den Augen der Staatsanwälte des DGM (Staatssicherheitsgerichts) gefoltert und Polizisten benutzen die Dienstwaffe wie kürzlich in İstanbul geschehen - um 2 Menschen die in einem Restaurant kurdisch sprachen, zu erschießen.

Um die Konsequenzen dieser Taten zu verschleiern, wird dann ein entsprechendes Szenario inszeniert, daß der Legimation dient.

Und weiter wird dann Vedat AYDIN ermordet, obwohl von seiner Partei Abgeordnete im Parlament sitzen. Die Entführung des HEP-Parteivorsitzenden in Antep dagegen mißlang, weil er die Haustür von innen verziegelt hatte. Jetzt findet in diesem Zusammenhang eine massive Bedrohung des Staatspräsidenten durch die Medien statt.

AYDIN wurde bewußt zum Ziel gewählt um eine wirkugsvolle Einschüchterung durch den Staatsterror gegen die Massen des Volkes zu richten. Laut offizieller Erklärungen hat die Polizei und die Spezialeinheit nicht in die Menschenmasse geschossen. Dieses bestätigte auch der Gebietsgouveneur Hayri KOZAKÇIOĞLU.

Die Erwartung des Vorsitzenden der HEP-Partei, der von dem Parlament eine Aufklärung der Vorkommnisse in Diyarbakır fordert, bedeutet ein Aufgeben vor dem Staatsterror und ist nichts weiter als Perspektivlosigkeit Und ebenfalls zeigt die bürgerliche Opposition ihren Charakter, indem sie bei den Bestrafungsaktionen gegen die Folterer und Kontra-Guerillas jammerte,- das Massaker diesesmal aber kritisierte.

Durch das ignorante Verhalten der Parteien wird das Volk manipuliert sich an solche Massaker zu gewöhnen und sich nicht mehr beeindrucken zu lassen. Das waren diejenigen, die nach den revolutionären Aktionen den Staat und seine Armee zum Einsatz riefen.

Die Revolutionäre und das Volk haben keine Erwartungen an Parteien dieser Art, und auch die Intellektuellen sollen das lernen. Die Revolutionäre und Werktätigen unseres Landes haben genug Kraft und Überzeugung für das Massaker Rechenschaft zu fordern. Und die revolutionäre Justiz ist dabei von größer Bedeutung.

Weder Unterdrückung noch Verbote, die zunehmend auf die Massen gerichtet sind, - noch das letzte Massaker - können den revolutionären Kampf und den Befreiungskampf des kurdischen Volkes verhindern.

Der Sieg gehört den türkischen und kurdischen Völkern

VERANTWORTLICH FÜR DAS MASSAKER IN DİYARBAKIR IST MİT- CIA - UND DIE KONTRA-GUERILLA!

FÜR DAS MASSAKER IN DİYARBAKIR WERDEN WIR RECHENSCHAFT FORDERN!

DEVRİMCİ SOL GÜÇLER

(Revolutionäre Linke Kräfte)

TÜRKEI



AN DIE ÖFFENTLICHKEIT

Am Abend des 12.Juli 1991 erlebte İstanbul ein brutales Massaker.

In verschiedenen Bezirken İstanbuls wurden zur gleichen Zeit zahlreiche Häuser von dem türkischen Geheimdienst und der Polizei gestürmt. Dabei wurden 13 Personen getötet und 2 Personen schwer verletzt, einige festgenommen. Die Ermordeten und Festgenommenen standen in Beziehung mit DEVRİMCİ SOL (Revolutionäre Linke). Die folgenden Namen sind uns bekannt:

Niyazi AYDIN, İbrahim ERDOĞAN, Nazmi TÜRKCAN, Hasan ELİUYGUN, Cavit ÖZKAYA, Mustafa ÜSTÜNDAĞ, Yücel ŞİMŞEK, Önder TAŞTEKİN, Ömer Coşkun IRMAK, Mehmet Cevat KUTSİ, Mehmet AVCI und Bülent TAŞOVA. Der Name der getöteten Frau war noch nicht festzustellen. Außerdem wurden 2 Personen schwer verlezt, davon eine Frau, Zeynep ERK.

Die Ermordung und Vernichtung der 13 Personen war gewußt geplant. Dazu geben die Regierung, das Innenministerium und die Polizei nur oberflächliche und unzureichende Informationen; das zeigt, daß sie neue Massaker planen und vorbereiten. Das Leben der Festgenommenen befindet sich in höchster Lebensgefahr und die Zahl der Toten kann sich jederzeit erhöhen.

Wir rufen die Öffentlichkeit auf:

Alle Menschenrechtsvereine, einzelne Personen, Instutionen und Organisationen zu protestieren und intervenieren. Die Weltöffentlichkeit, Medien und Presse soll darüber berichten, protestieren und Aufklärung fordern, damit sich die Zahl der Toten nicht erhöht.

Solidaritätskomitee mit
ÖZGÜR-DER

amnesty international

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Postfach 17 02 29 5300 Bonn 1
Telefon: (02 28) 65 09 81 Telex: 8 86 539
Telefax: (02 28) 63 00 36



UA 209/91-3 ai Index: EUR 44/91/91 5. Juli 1991 - md

(Weitere Informationen zu: UA-209/91, EUR 44/81/91, 14. Juni 1991, EUR 44/82/91, 17. Juni 1991, und EUR 44/84/91, 21. Juni 1991)

D R O H E N D E F O L T E R

Türkei: Frau Cavidan Kocaacar; Murat Demir, Rechtsanwalt; Bedii Yarayici, Rechtsanwalt; Frau Deniz Teztel, Journalistin; Frau Tülay Avci, Frau Fatma Öcalan, Frau Hatice Suna; Ümmet Suna; Necmi Suna, Unteroffizier, und Lütfü Topal

sowie: Frau Fethiye Peksen, Rechtsanwältin, und Yusuf Sahin, Unteroffizier

---

Am 3. Juli 1991 wurde die Rechtsanwältin, Frau Fethiye Peksen, in Istanbul festgenommen. Die Staatsanwaltschaft am Staatssicherheitsgericht in Ankara soll ihre Festnahme angeordnet haben. Später wurde Frau Fethiye Peksen nach Ankara gebracht, wo sie auf der Polizeihauptwache ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten wird. Nach türkischen Presseberichten wurde die Anwältin in Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die oben genannten Personen festgenommen.

Türkische Zeitungen berichteten am 29. Juni 1991, daß gegen die beiden Anwälte Murat Demir und Bedii Yarayici, gegen die Journalistin Deniz Teztel sowie gegen Frau Hatice Suna, Ummet Suna, Necmi Suna und Lütfü Topal am 28. Juni 1991 Anklage erhoben wurde und sie anschließend in ein Gefängnis eingewiesen wurden. Frau Cavidan Kocaacar und Sükrü Gürsel (in der ursprünglichen Eilaktion nicht genannt) ließ man frei. Es gibt keine Informationen über Frau Tülay Avci und Frau Fatma Öcalan. Laut Presseberichten werden die Anwälte und die Journalistin beschuldigt, "für die verbotene Organisation 'Dev Sol' (Revolutionäre Linke) Kurierdienste geleistet zu haben".

Frau Cavidan Kocaacar hat Meldungen zufolge nach ihrer Freilassung den Vorwurf erhoben, während des Polizeigewahrsams schwer gefoltert worden zu sein. Außerdem sagte sie aus, daß der Unteroffizier Yusuf Sahin auf der Polizeihauptwache in Ankara weiter verhört werde.

EMPFOHLENE AKTIONEN: Schreiben Sie bitte Telexe, Telegramme, Fax- bzw. Telebriefe, Luftpost- oder Eilbriefe, in denen Sie

* darauf dringen, daß Fethiye Peksen und Yusuf Sahin umgehend der Zugang zu ihren Familienangehörigen und zu ihren Anwälten gewährt wird und daß sie während des Polizeigewahrsams nicht mißhandelt werden;

* um Auskunft über die gegen sie erhobenen Anklagepunkte bitten;

* eine umfassende und unabhängige Untersuchung der von Frau Cavidan Kocaacar erhobenen Foltervorwürfe fordern und darum bitten, über die Durchführung und Ergebnisse dieser Untersuchung informiert zu werden.

APPELLE AN:

Ministerpräsident Mesut Yilmaz, Amt des Ministerpräsidenten, Basbakanlik, TR-06573 Ankara, TÜRKEI
Telegramme: =tlx44061=, basbakanlik, ankara/türkei
Telefax: 0090 41 170 476, 0090 42 308 896 (auch für Telebriefe)
Telex: 0607 44061 bbmt tr, 0607 44062 bbmt tr, 0607 44063 bbmt tr; 0607 42099 basb tr; 0607 42875 bbk tr

Ankara Emniyet Müdürü, Hasan Özdemir, Emniyet Müdürlügü, Konya-Samsun Karayolu, Ankara, TÜRKEI (Polizeipräsident)
Telegramme: emniyet muduru, ankara/türkei
Telefax: 0090 43 422 227 oder 0090 43 410 591 (auch für Telebriefe)

Innenminister Mustafa Kalemli, Innenministerium, Içisleri Bakanligi, TR-06644 Ankara, TÜRKEI
Telegramme: =tlx46369= innenminister, ankara/türkei
Telex: 0607 46369 icsl tr
Telefax: (0090) 41-18 17 95; (00 90) 41-25 65 20; (0090) 41-17 23 90; (00 90) 41-25 28 58 oder (0090) 41-28 43 46 (auch für Telebriefe)

Justizminister Sakir Seker, Justizministerium, Adalet Bakanligi, TR-06659 Ankara, TÜRKEI
Telegramme: adalet bakanligi, ankara/türkei
Telefax: (00 90) 41-25 40 66 (auch für Telebriefe)

KOPIEN AN:

Herrn Eyüp Asik, Insan Haklari Arastirma Komisyonu Baskani, TBMM, Ankara, TÜRKEI (Präsident d. Parlament. Menschenrechtskommission)
Telegramme: =fax 442206941= iha, komisyonu, tbmm, ankara, türkei
Telefax: (00 90) 4-1 19 16 64; (00 90) 4-4 20 69 41

Kanzlei d. Botschaft d. Republik Türkei, Utestraße 47, 5300 Bonn 2
Telex: 885 521 tbtm d bzw. 885 596 bayi d
Telefax: (02 28) 34 88 77
(S.E. Herr Onur Öymen)

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle möglichst sofort. Schreiben Sie in gutem Türkisch oder auf deutsch. Da Informationen in urgent actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem 16. August 1991 keine Appelle mehr zu versenden.

- Bitte reagieren Sie sofort, wenn Sie diesen Brief erhalten, und beachten Sie die Empfehlungen zu jedem Einzelfall.
- Ihre Briefe sollten freundlich formuliert sein. Stellen Sie klar heraus, daß Ihr Einsatz für die Menschenrechte in keiner Weise parteipolitisch gebunden ist. Weisen Sie gegebenenfalls auf Bestimmungen internationaler Abkommen hin, wie beispielsweise auf die folgenden Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte:
  Art. 3: „Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person."
  Art. 5: „Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden."
  Art. 9: „Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden."
- Sie können den Namen von amnesty international erwähnen, wenn es nicht anders vermerkt ist. Briefe mit persönlichem oder beruflichem Bezug haben jedoch oft größere Wirkung.
- Bitte senden Sie Kopien Ihrer Appelle mit einem Anschreiben an die entsprechende Botschaft.
- In urgent-action-Fällen muß amnesty international im Interesse der betroffenen Personen schnell handeln. Eine urgent action wird dann herausgegeben, wenn ai glaubt, über zuverlässige und genaue Informationen zu verfügen. Wichtige neue Informationen werden jedem Teilnehmer einer urgent action mitgeteilt.
- Kopien von Antwortschreiben sollten Sie sofort weiterleiten an: amnesty international
  Sektion der Bundesrepublik Deutschland
  – urgent action –
  Postfach 17 02 29, 5300 Bonn 1
  Danken Sie der Behörde oder Person für ihre Antwort und bitten Sie darum, weiterhin über den Fall informiert zu werden.

P.S.: ein inhaltlich gleiches flugi kam auch vom solidaritätskomitee özgür-der

Mexico - politische Gefangene im Hungerstreik

Seit dem 1.Juni, also nun seit mehr als einem Monat sind in Mexico über 300 politische Gefangene im unbefristeten Hungerstreik. Laut mexikanischen Menschrechtsorganisationen und einer Menschrechtsdelegation aus Frankreich, welche sich im Juni 2 Wochen in Mexico aufhielt, sind in 7 Teil-Staaten Mexicos in Veracruz,Oaxaca,Chiapas usw. Gefangene im Hungerstreik. Mit diesem Hungerstreik protestieren die politischen Gefangenen gegen:

- die allesbeherrschende Korruption im ganzen mexikanischen Knastsystem
- die unmenschlichen Haftbedingungen aller Gefangenen und gegen die Erniedri-gungen welchen die Gefangenen und ihre BesucherInnen permanent ausgesetzt sind
- die Folter, der sie permanent ausgesetzt sind
- die juristischen Unregelmässigkeiten ,welche in allen Strafverfahren existieren, so gibt es Gefangene, welche schon7,8Jahre in Untersuchungshaft sitzen ohne irgendein Prozess.

Die Forderungen der politischen Gefangenen sind:

- sofortige und bedingungslose Freilassung von Dr. Felipe Martinez Soriano
- totale und bedingunglose Amnestie der 10'000 politischen Gefangenen, welche es im ganzen Land gibt
- uneingeschränkter Respekt der Menschenrechte aller Gefangenen in Mexico - 87'650 in 450 Gefängnissen.

Dieser Kampf der politischen Gefangenen wird auch draussen unterstützt vorallem durch die Familienangehörigen und den Organisationen aus denen die Gefangenen herkommen. So gibt es im ganzen Land Sitzstreiks seit des Beginns des Hungerstreikes vor Regierungsgebäuden oder zentralen Plätzen und vereinzelt kleinere Demonstrationen. Der mexikanische Staat reagiert wie immer mit Repression, Einschüchterung der Protestierenden durch die Polizei. Gleichzeitig versucht die Regierung aber auch dem Kampf der politischen Gefangenen die Unterstützung abzugraben: so hat sie, als die oben genannte französische Menschrechtsdelegation im Land weilte, als 'Geste des guten Willens' 634 politische Gefangene freigelassen, jedoch ausser 3 alle von Organisationen, welche heute im Kampf nicht mehr aktiv sind oder nicht mehr existieren. Dass es für die mexikanische Regierung aber im allgemeinen ja sowieso keine politische Gefangene gibt sei hier nur kurz erwähnt.
Trotzallem ist die Freilassung der 634 ende Juni ein erster Erfolg des Hungerstreikes und weiter konnte auch durchgesetzt werden, dass bei einigen Gefangenen, welche in der Zwischenzeit gesundheitlich schon ziemlich angeschlagen sind, ein Arzt oder eine Aerztin reinkonnte.

In Mexico - den Estados Unidos Mexicanos, wie das eigentlich heisst, wird von der seit 70 Jahren an den politischen Schalthebeln sitzenden Regierungspartei , der PRI (die Partei der institutionalisierten Revolution), systematisch versucht die linke Opposition einzuschüchtern. Die PRI enstanden kurz nach der mexikanischen Revolution hatte es verstanden jahrzehntelang die Opposition kleinzuhalten, entweder durch Bestechung der Führungen der Oppositionorganisationen oder dann wurde die unabhängig auftretende Opposition brutal verfolgt. Wenn zb. auf dem Lande protestierende Bauern/Bäuerinnen-Indigenas nicht gleich durch die lokalen ländlichen Feudalherren und Grossgrundbesitzer mittels gekaufter Pistoleros zumSchweigen gebracht wurden, dann eben gleich mit der Armee und der Policia Judicial.
In dem fast 2millionen Km2 grossen Land (48x so gross wie die Schweiz); in dem Multinationale Gesellschaften wie FORD, VW, Nestlé,usw. die Wirtschaft dominieren; in dem 50% der nationalen Reichtümer von 300 Familien verwaltet werden; in dem über 80millionen Menschen leben, davon 40millionen in extremer Armut; in einem Land wo mehr als 20 indigene Völker leben, wo viele Regionen, Dörfer nur nach tagelangen Busfahrten und Fussmärschen erreicht werden können - in einem so riesigen, komplexen, vielschichtigen und unüberblickbarem Gebiet war es für die Regierenden immer ein Leichtes die linke Opposition von andern Oppositionskräften zu isolieren und kleinzuhalten. Viele der Kämpfe für den eigenen Boden, gerechte Preise für die Produkte, gegen die Korruption usw. auf dem Lande wurden und werden so ohne grössere Oeffentlichkeit richtiggehend kaputtgemacht. Die Liste der Toten der verschiedenen Organizaciones Campesinas ist endloslang - ermordet meist durch die lokalen Feudalherren, gedeckt durch die lokale, regionale Regierungsstelle.

Hunderte ermordete Oppositionelle in den letzten 2 Jahrzehnten, bis zum heutigen Tag 820 Verschwundene und aktuell mehr als 10'000 politische Gefangene sind die Zahlen, welche verschiedene Menschenrechtsorganisationen zur Repression in Mexico angeben. Das wohlgemerkt immer alles Zahlen von bekannten Fällen und viele Angehörige von Opfern staatlicher oder staatlich-gedeckter Repression wagen es nicht Anzeige zu erstatten. Sie werden bedroht oder stehen in einem so extremen Abhängigkeitsverhältnis zu den Arbeitgebern, Grossgrundbesitzer, dass viele Greueltaten nie bekanntwerden.

Gerade in den letzten Jahren hat sich nun aber die linke Opposition in ganz Mexico verstärkter zu organisieren begonnen. Auf parlamentarischer Ebene vorallem mit dem nationalistischen-links-liberalen Bündnis PRD und dann in den verschiedenen Massenbewegungen, wie die der LehrerInnen, in den Stadtteilen, den Bauer/Bäuerinnen-Indigena-Organisationen, Gewerkschaften. Die parlamentarische, wie auch die unabhänige,ausserparlamentarische Linke bricht immer mehr die früher allumfassende Dominanz der PRI und durchbricht vermehrt die weitverbreitete Ohnmacht, die der Regierungs-Terror ende der 60er und in den 70er Jahren verbreitet hatte. Damals wurde zb. 1968 in der Hauptstadt hunderte von StudentInnen, ArbeiterInnen einfach niedergeknallt. Und in den 70er Jahren wurden die damals entstandenen Guerillaorganisationen eine nach der andern in den einzelnen Teil-Staaten richtigehend militärisch aufgerieben. Die Regierung zog dazu einfach die Armee aus grossen Teilen Mexicos in einem Teil-Staat zusammen und zehntausende Soldaten durchkämmten so zb. Guerrero, wo die stärksten Guerillas, die ACNR von Enrique Vasquez und die PDLP von Lucio Cabanas kaputtgemacht wurden.
Mit dem Wiedererstarken der linken Opposition seit mitte der 80er Jahre nahm auch die Repression in den letzten Jahren sprunghaft zu und die Gefängnisse füllten sich. Die Mehrheit der politischen Gefangenen kommen aus Bauern/Bäuerinnen-Indigena-Organisationen. Die Bedingungen in den Gefängnissen sind wie überall in Lateinamerika geprägt durch Folter, überfüllte Zellen, fast keine sanitären Einrichtungen, das Essen muss wenn möglich von draussen von den Angehörigen reingebracht werden. Viele der politischen Gefangenen gerade auf dem Lande sitzen schon Jahre ohne Prozesse und falls es zu Prozessen kommt sind diese unter Ausschluss jeglicher Oeffentlichkeit und dauern oft keine 15 Minuten. Auf diese Art wird dann der Bauer so und so, der eigentlich dafür gekämpft hatte den ihm und seiner Gemeinde rechtsmässig zustehende Boden enddlich von diesem oder jenem Grossgrundbesitzer zu bekommen, verurteilt wegen Landraub und Diebstahl etc. Und da es bei diesen Konflikten um den Boden nach jahrzehntelangem Warten, Anträge an irgenwelche Regierungstellen, oft dazukommt, dass Bauern/Bäuerinnen, den ihnen zustehenden Boden selbst nehmen und die Gross -und Mittelgrundbesitzer dann bewaffnet einfahren und es kommt zu Verletzten und Toten, wird der angeklagte Bauer gleich noch wegen Mord,Körperverletzung angeklagt. Tausende wandern so für Jahre in den Knast.

Der nun laufende Hungerstreik von über 300 politischen Gefangenen wurde initiert von der im Dezember 90 gegründeten Nationalen Koordination der politischen Gefangenen in Mexico - der CNPPM. Diese Koordination der politischen Gefangenen, die erste welche es in dieser Form in Mexico je gegeben hat, umfasst AktivistInnen aller linken Parteien und Organisationen. Viele Frauen und Männer aus dem parlamentarischen Bündnis PRD, der unabhängigen LeherInnengewerkschaft, Stadtteilorganisationen, 4 Gefangene aus der heute noch bestehenden Guerilla PROCUP-PDLP, und auch hier die Mehrheit aus Bauern/Bäuerinnen-Indigena-Organisationen, zb. von der OCEZ (Organizacion Campesina Emiliano Zapata), der FDOMEZ,UCEZ usw. Bis im April waren dieser Gefangenenorganisation 86 politische Gefangene beigetreten, inzwischenzeit wird die Zahl um einiges höher sein.
Zum Schluss noch einige Auszüge aus der Erklärung dieser Koordination, welche sie noch kurz vor dem Beginn des jetztigen Hungerstreikes herausgaben und die in den grossen Tageszeitungen Uno mas Uno und der unabhängigen Jornada als Inserat abgedruckt wurde:

' Seit vielen Jahren und in den verschiedensten Formen haben wir, die Proletarier und das mexikanische Volk dafür gekämpft, die für unser Land notwendigen strukturellen Veränderungen und sozialen Verbesserungen zu erreichen. Dies immer mit dem Ziel die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu Beseitigen.
Im Prozess des Kampfes haben wir, die verschiedensten Sektoren dieser Gesellschaft, uns gegen die staatliche Repression gestellt. (...) Alle, die wir als Teil des mexikanischen Volkes gekämpft haben, haben wir die Repression direkt erfahren. Eine Repression die dokumentiert ist in der Existenz von mehr als 800 Verschwundenen,

GALERIE Olga Benario / COSTA ATLANTICA

die
andere hälfte nicaraguas

FOTO-AUSSTELLUNG vom 7. Juli bis 23. August 1991

AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG: Sonntag, 7. Juli 1991, 13.00 Uhr

VORTRAGSREIHE – DIE ATLANTIKKÜSTE NICARAGUAS – GESCHICHTE UND GEGENWART

Montag, 8. Juli 1991, 19.30 Uhr
„Revolutionäre an der Macht und das Problem der ethnischen Minderheiten", Referent: Wolfgang Gabbert (Uni Hannover)

Montag, 15. Juli 1991, 19.30 Uhr
„Politische Autonomie – Erfahrungen und aktueller Stand" (April 1991), Referent: Onz Boese (Berlin)

Dienstag, 16. Juli 1991, 19.30 Uhr
„Schulen für Bluefields" – Wiederaufbauprojekte seit dem Wirbelsturm von 1988
Referent: Robin Schneider (Berlin)

FILME UND VIDEOS IN DER DISKUSSION – NICARAGUA UND SEINE ATLANTIKKÜSTE

Dienstag, 9. Juli 1991, 19.30 Uhr
„Aus tiefer Not..." – Geschichte und Gegenwart der Miskito-Indianer
Drei Filmberichte im Vergleich

Montag, 22. Juli 1991, 19.30 Uhr
„Die nackten Füße Nicaraguas" (1983) und **„Rama nach dem Hurricane"** (1988)

Montag, 29. Juli 1991, 19.30 Uhr
Alltag im Ausnahmezustand – Nicaraguas Atlantikküstenregion:
„Hier gibt keiner auf" (1987) und **„Der lautlose Krieg"** (1989)

Montag, 5. August 1991, 19.30 Uhr
„La insurrección" (P. Lilienthal, 1980), halbdokument. Spielfilm

Dienstag, 6. August 1991, 19.30 Uhr
Contra – wie lange noch? –
„Contra Nicaragua, Der Geheimkrieg des CIA gegen die Sandinisten" (1986) und
„In the Absence of Peace" (1989)

Montag, 12. August 1991, 19.30 Uhr
„Mosquito Coast"
(P. Weir, 1986) – Filmsatire

Dienstag, 13. August 1991, 19.30 Uhr
„Under fire"
(R. Spottiswoode, 1980), Spielfilm

Dienstag, 20. August 1991, 19.30 Uhr
„Aus tiefer Not..." – Geschichte und Gegenwart der Miskito-Indianer
Drei Filmberichte im Vergleich

MITTELAMERIKA – AKTUELLE BERICHTE

Dienstag, 23. Juli 1991, 19.30 Uhr
„Rücksiedlungen in El Salvador"
Reisebericht mit Dias, April 1991
Veranstalter: terre des hommes

Dienstag, 30. Juli 1991, 19.30 Uhr
„Guatemala 1991 – Zwischen Überleben und der Suche nach Emanzipation", Diavortrag über Projekte von terre des hommes
Veranstalter: terre des hommes

Mittwoch, 31. Juli 1991, 19.30 Uhr
„Cuba – Altstadtsanierung in Santa Clara" – Erfahrungen aus einem Arbeitsaufenthalt 1990/91
Referenten:
Rosi Dirsch und Josef Konrad

Montag–Freitag, 17.00–20.00 Uhr (Veranstaltungen: montags und dienstags, ab 19.30 Uhr) – Eintritt frei
Boddinstraße 61, 1–44, U-Bahn Rathaus Neukölln, Tel. 686 60 06

von mehr als 100 ermordeten LehrerInnen alleine im Teil-Staat Oaxaca; der Existenz von 10'000 politischen Gefangenen in allen Knästen des Landes; der Existenz von politisch Verfolgten und Exilierten; und dem Fehlen von politischer Freiheit, welches sich in den fortwährenden Wahlbetrugen manifestiert. (...)
Kürzlich hat sich der Tag gejährt an dem im April 90 die Justiz-Polizei eine besondere Repressions-Episode durchführte: aus politischen Gründen wurden damals mehr als 300 Menschen entführt, auf die Polizeiwachen geschleppt, gefoltert, die ganzen Wohnungseinrichtungen zertrümmert usw. Eine davon am stärksten betroffenen Organisationen war die Frente Nacional Democratico Popular (FNDP) und die Familie ihres Vorsitzenden Dr. Felipe Martinez Soriano. Die nachfolgenden Proteste auf der Strasse haben dann die Behörden dazu veranlasst die Mehrheit der Gefangenen wieder freizulassen. (...)
Wir rufen alle revolutionären, demokratischen, progressiven Organisationen auf dafür zu kämpfen, die immer noch vorhandenen Aspekte des Sektierertums innerhalb der mexikanischen Linken zu beseitigen und mit gemeinsamer Kraft gegen die Repression zu kämpfen, welche alle Sektoren der Volksbewegung betrifft. (...)

Freiheit für Dr. Felipe Martinez Soriano !
Freiheit für alle politischen Gefangenen in Mexico !
Stopp der Repression !

Koordination der politischen Gefangenen in Mexico - CNPPM

Telegramme an:

Sr. Lic. Ignacio Morales Lechuga
Procurador de Justicia del D.F.
Doctor Lavista, esquina Balderas
Col. Doctores Mexico DF

oder Lic. C. Salinas de Gortati
Presidente de la Rebuplika
Palacio Nacional de Gobierno
Mexico DF Fax 179973
170973

Mexikanische Botschaft hier:

Generalkonsulat von Mexiko
1000 Berlin 31
Kudamm 72

Hier kann frau/mann sich gar net vorstellen, daß so was wie Telegramme überhaupt für irgendwas, was bringt., aber so internationale Öffentlichkeit, in nem Land wie Mexico, des nach außen hin, auf son "demokratisches" Bild sehr großen Wert legt,.kann einiges bewirken.

ADRESSEN von den Gefangenen selbst haben wir nicht , aber die von der Coordinacion nacional de preses politicos
apartado Postal 7-887
Codigo postal no. o67oo
Mexico DF

Bericht vom Prozeßbesuch der beiden Gerry's aus Irland am 5.Juli 1991 in Düsseldorf

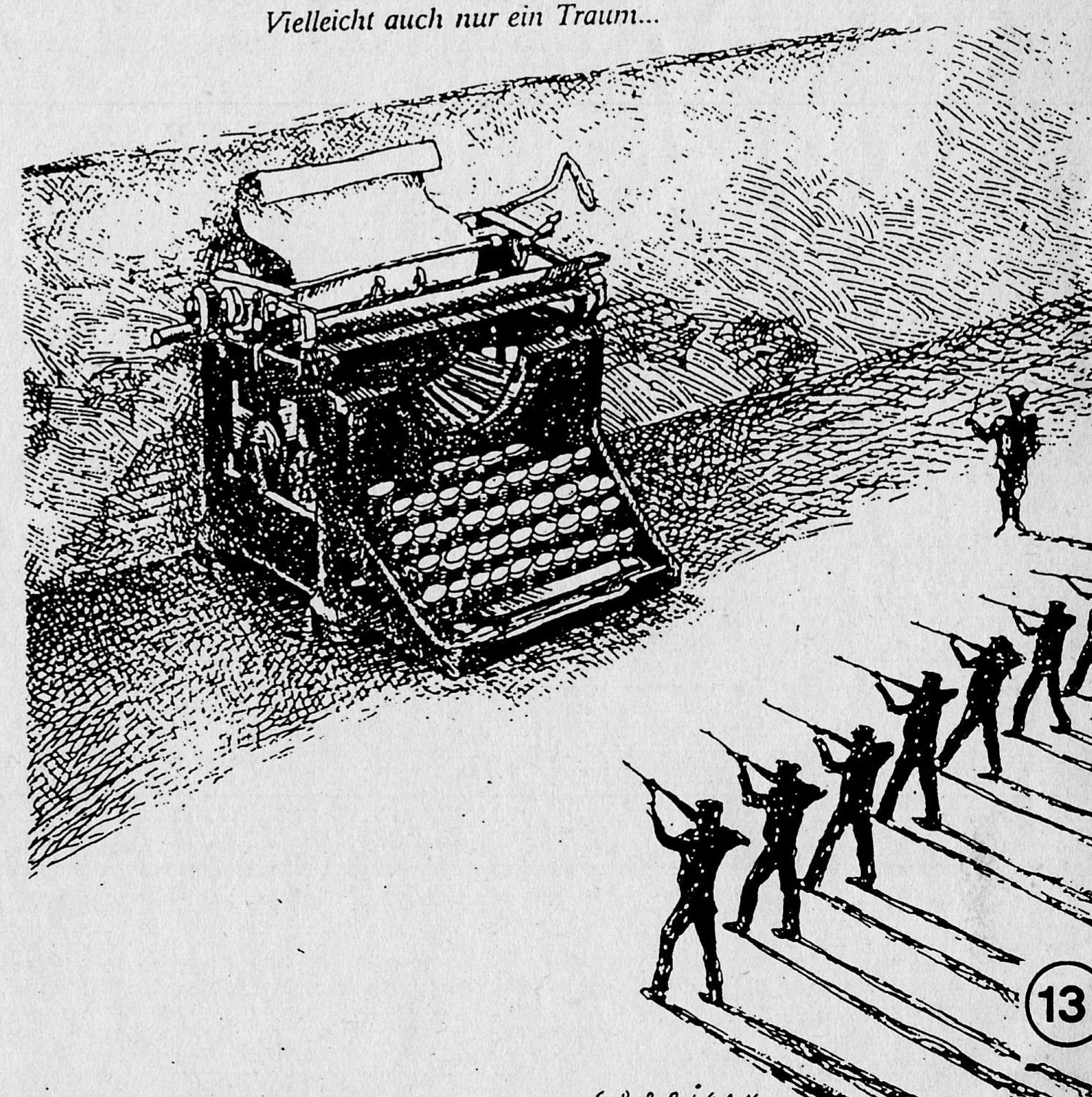
Wir, ein paar Leute aus Berlin, sind mehr oder weniger relativ spontan zum ersten Mal zum Prozeß gegen die beiden Iren nach Düsseldorf gedüst. Gerry Hanratty und Gerry Mc Geough werden von der Bundesanwaltschaft(BAW) angeklagt, als angebliche IRA-Mitglieder Sprengstoffanschläge auf Kasernen der britischen Rheinarmee in Duisburg und Mönchengladbach verübt zu haben. Weitere Anklagepunkte sind Mordversuch an einem bundesdeutschen Bullen, illegaler Waffenbesitz, Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz.
Um ca. 9[00] Uhr am Prozeßbunker in der Tannenstraße angekommen, gelangten wir ohne größere Schwierigkeiten (was ja nicht immer der Fall ist) durch die Kontrollen in den Prozeßsaal bzw. Vorraum. Unsere Papiere wurden flüchtig angeschaut und nicht kopiert. Ca. 15 Leute aus verschiedenen Städten waren hier nach Düsseldorf gekommen. Schließlich kamen die beiden Gerry's in den Kühlen, klimaanlagenbestückten Saal. Beide saßen nicht in einem Glaskasten und waren räumlich von uns ca. 4-7 Meter noch in Rufweite entfernt. G. Hanratty schien der mehr ruhigere von beiden zu sein.(Es kam mir auch so vor,als wenn die bis jetzt 3-jährige U-Haft ihn gezeichnet hätte) Gerry Mc Geough war gut gelaunt und quirlig. Er winkte uns zu, lachte und guckte des öfteren in die ZuschauerInnenränge. Die Klimaanlage war inzwischen so kühl eingestellt, daß einige von uns, die nur ein T-shirt anhatten, Gänsehaut bekamen und froren. An diesem Tag wurden 2 Zeugen der BAW geladen. Bisher, seit dem Prozeßbeginn vom 16.8.90 wurden nur ZeugInnen der BAW gehort, die insgesamt 150-200 ZeugInnen benannt hat, von denen noch längst nicht alle in Düsseldorf gewesen sind. Der Prozeß kann also noch sehr lange dauern. Der erste Zeuge war so'n pensionierter deutscher Offiziersheini der Bundeswehr, der z. T. sehr detailiert die Augenblicke und Folgen der Explosion der Bombe beschrieb, die bei dem deutsch-britischem Abschiedsessen in der Offiziersmesse der brit. Kaserne in Mönchengladbach-Rheindalen 20 m von dem Gebäude entfernt hochging. Er erzählte dann auch, wie er selbst durch die Druckwelle der Explosion aus seinem Sessel heraus an die Wand geschleudert wurde. Wir konnten uns leises Gelächter und Schadenfreude nicht verkneifen.
Und wie das eben so ist;Fragen über Fragen vom Richter der BAW Wie liefen die Vorbereitungen für diese Abschiedsessen? wieviele waren insgesamt da ? wann genau explodierte die Bombe? fiel die Decke bei der Explosion runter? usw. usw.. Unter den Verletzten waren 2 etwas schwerer Verletzte, darunter ein britischer General oder so, jedenfalls schon ein höheres Tier. Interessant war auch, daß dieser autoritätsgläubige Bundeswehroffizier (jawohl Herr Richter) uns mitteilte, daß damals zum Zeitpunkt des Anschlages im Jahr 1987 britische Armeeangehörige oft mit brit. Kennzeichen ihre Autos versehen hatten, während sie heute nur noch oder fast ausschließlich mit deutschen Kennzeichen rumfahren.
Der zweite Zeuge war so ein Bulle aus den Niederlanden, der irgendwas über Zigaretten und Spurensicherung eines Autos erzählte, das die Iren angeblich benutzt hätten.
Die AnwältInnen von Gerry Mc Geough haben dann noch aufgund der mangelnden Beweisführung in Bezug auf die Anschläge und den Mordversuch einen Antrag auf Haftverschonung gestellt. Ein ähnlicher Antrag auf Haftverschonung wurde bereits für Hanratty gestellt. Für beide gibt es übrigens Auslieferungsanträge. Die USA wollen Mc Geough wegen angeblicher illegaler Waffenankäufe in Florida, GB will Hanratty wegen diverser Geschichten.
Nachdem die Sitzung gegen Mittag geschlossen wurde, hielten einige Leute 5 Zettel nebeneinandergereiht hoch, auf denen TIOCFDIDH AR LÁ (Unser Tag wird kommen) stand. Als die beiden Gerry's unsere Zettel erkannten, sagten sie auch TIOCFDIDH AR LÁ , winkten und grinsten. Dies war unser kleiner bescheidener Solibeitrag. Die beiden sitzen seit ihrer Festnahme vom 30.8.88 nunmehr fast 3 Jahre in isolationsbedingter U-Haft.Es ist mehr dennje wichtig, daß die Gefangenen unsere Unterstützung erhalten, daß wir sie bei ihrem Prozeß nicht alleine lassen und daß wir ihnen auch mal ein paar Zeilen in den Knast schicken.

...just jail dreaming

When you awake, at 4am alone and lost
Just think of me, for I'm your friend
When the nightmare won't fade
Because the bars are throwing streaky
shadows across your face, even when your eyes are shut
tight! and you still see them
Think of me, I am your confidante
When your HP7s have run down
and there'll be no Christy Moore on the walkman
think of me, in the important part of any session
When your thinking the clanking keys are
going to drive you nuts at the morning Unlock
Think of me, I am the ultimate in peace
When youve seen
yesterday your dream woman or man
and you know its going to be a loooong time!
Think of me, I am more than a passing phase
When some bastard has ripped the last 10 pages from
a novel you're reading for a week...ahhhh
Think of me, I am your's alone
When you have no release date, Think of me
I'm your's to caress and hold
When your sweating doing the last push up
that one last extra time
Think of me, I am a touch of heaven and you can
have the strength to hold me aloft
When your Nescafe has run out and there's no shop
this month
Think of my aromatic ways and scent
And when the day comes and your walking on grass, not
concrete
Dont think of me
Just hold me real close and cherish the moment
I am your pint of Guiness, But maybe your Lover
Maybe your little girl, Maybe your Mother
Maybe just a dream...

Wenn Du aufwachst, morgens um 4 allein und verloren
Dann denk' an mich, denn ich bin dein Freund
Wenn der Alptraum nicht verblassen will
Weil die Gitter gestreifte Schatten werfen
über dein Gesicht, selbst wenn deine Augen geschlossen
sind fest! Und du siehst sie immer noch
Denk' an mich, ich bin dein Vertrauter
Wenn deine HP7s abgelaufen sind
und es keinen Christy Moore mehr vom Walkman geben
wird
Denk' an mich
Wenn du glaubst, daß die klappernden Schlüssel
Dich gleich verrückt machen werden beim Morgen-
Aufschluß
Denk' an mich, ich bin das äußerste an Frieden
Wenn du gestern deineN Traumfrau oder -mann gesehen
hast
Und du weißt, daß es eine laaange Zeit dauern wird!
Denk an mich, ich bin mehr als eine vorübergehende Phase
Wenn irgendein Bastard die letzten 10 Seiten rausgerissen
hat aus dem Roman, den du seit einer Woche liest....ahhhh
Denk' an mich, ich gehöre nur dir
Wenn du keinen Entlassungstermin hast, Denk' an mich
Ich bin dein zum Liebkosen und Festhalten
Wenn du schwitzend den letzten Liegestütz machst
Dieses letzte zusätzlich mal
Denk' an mich, ich bin ein Hauch des Himmels und du
kannst die Kraft haben mich hochzuheben
Wenn dein Nescafe alle ist und du darfst nicht einkaufen
in diesem Monat
Denk' an meine aromatische Art und meinen Duft
Und wenn der Tag kommt und du gehst auf Gras
nicht auf Beton
Denk' nicht an mich
Sondern halt' mich ganz fest und genieße den Augenblick
Ich bin deine Pint Guiness, oder vielleicht dein Geliebter
Vielleicht dein kleines Mädchen, Vielleicht deine Mutter
Vielleicht auch nur ein Traum...

ein Gedicht von Gerry Hanratty



Prozeßtermine

Fr.	12.7.	Mo	30.9.
Do	18.7.	Fr	4.10.
Fr	19.7.	Do	10.10.
Do	25.7.	Fr	11.10.
Fr	26.7.	Do	17.10.
Mi	31.7.	Fr	18.10.
Mo	2.9.	Mo	28.10.
Do	5.9.	Do	31.10.
Fr	6.9.	Do	7.11.
Mo	9.9.	Fr	8.11.
Do	19.9.	Do	14.11.
Fr	20.9.	Fr	15.11.

immer 9¹⁵ Uhr

DER SPIEGEL -Büro besetzt

Wir haben am 8.7.91 das Spiegel-Büro Hannover besetzt. Über das Fax-Gerät des Spiegels schickten wir die nachfolgende Erklärung an Presseagenturen, verschiedene Sendeanstalten und Zeitungen. Gleichzeitig wurden aus dem Fenster über Megaphon Teile aus der Erklärung verlesen. Auf dem Kröpcke (dem zentralen Platz Hannovers Fußgängerzone) vor dem Bürohaus fand eine Transparent-Aktion statt, die auf die Besetzung hinwies. Dort wurden Flugblätter verteilt an politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger.
Unsere Absicht war, mit dieser öffentlichen Aktion der Medienhetze und der BAW/BKA-Propaganda gegen die Gefangenen aus der RAF entschieden entgegenzutreten und die unbedingte Notwendigkeit der Zusammenlegung von Gefangenen aus RAF und Widerstand auszudrücken. Dafür nutzten wir die Infrastruktur des Spiegel-Büros: Fax-Gerät, Fotokopierer, Telefon.
Die im Büro anwesende Sekretärin forderten wir auf, den Kontakt zum Spiegel-Büro Hamburg herzustellen. Redakteur Darnstädt, dem Verantwortlichen für den Rufmordartikel (RAF-Anwälte als Kuriere), nannten wir unsere Forderung: Die Erklärung im nächsten Spiegel abzudrucken, was uns die Spiegelredaktion Hamburg zusichern sollte.



1 Stunde lang konnten wir ruhig und ohne nennenswerte Unterbrechungen unsere Arbeiten machen. An einer Eskalation waren wir nicht interessiert, was wir in unserem Verhalten der Sekretärin und ihren beiden Besucherinnen gegenüber deutlich zum Ausdruck brachten. Dazu gehörte auch, daß MitarbeiterInnen des Spiegels das Büro betreten und sich frei bewegen können sollten, sofern sie unsere Arbeit nicht sabotieren.
Die Eskalation brach aus, oder Besser: fuhr ins Büro herein mit dem Redakteur J.Hogrefe (ehem. Pressesprecher der Grünen im Niedersächsischen Landtag) auf seinem Fahrrad.
Seine Erregung über die Besetzung "seines" Büros steigerte sich so weit, daß er völlig außer sich geriet, blindlings auf uns losschlug wie ein Kampfhund, dem man den Maulkorb entrissen hat. Uns blieb nur noch übrig, ihn mit festem Griff ruhigzustellen, in der Hoffnung, daß er sich langsam beruhigen und unseren Argumenten zugänglich würde. Aber daraus wurde nichts. Sobald er losgelassen, griff er uns wieder gewaltsam an.
Da wir deshalb die Situation nicht mehr unter Kontrolle bekommen konnten, ohne unser Konzept aufzugeben, entschlossen wir uns, den Ort dieses mittlerweile ins Surreale abgedrifteten Geschehens zu verlassen.
Empfangen wurden wir im Treppenhaus von Bullen des Innenstadtreviers und von Polit-Bullen. Sie verlangten unsere Personalien und J.Hogrefe nutzte die Gelegenheit, Leute von uns wegen späterer Anzeige rauszupicken. Danach haben wir gemeinsam das Gebäude verlassen.



SPIEGEL-BÜRO BESETZT - DURCHBRECHEN WIR DIE MEDIENHETZE GEGEN DIE POLITISCHEN GEFANGENEN

SPIEGEL LÜGT - ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN EINE ODER ZWEI GROSSEN GRUPPEN

Hannover, den 8.7.91

Seit den Zellenrazzien im Dezember 1989 und nochmal verschärft seit den Zellenrazzien im März 1991 läuft gegen die politischen Gefangenen aus der RAF eine Medienhetze. Mit Begriffen wie "Zellensteuerung", "illegales Infosystem", "Kassiber", "Kontakten zu Sympathisanten", "RAF im Knast" und "Kurieren" entwickelt die Bundesanwaltschaft ein Bild, als wäre die Guerilla RAF keine illegale Organisation sondern als wären die Gefangenen aus der RAF die "RAF-Führung" und "die draußen nur Handwerker". Parallel zu dieser Kampagne der Bundesanwaltschaft, von den Presseorganen von "Welt" über "Spiegel" bis "taz" in die Öffentlichkeit transportiert, werden die Isolationshaftbedingungen der Gefangenen einschneidend verschärft. In der "Panorama"-Fernsehsendung vom 14.5.91 wurde die Zusammenlegung der Gefangenen als feststehende Tatsache dargestellt, obwohl es nur drei Kleingruppen gibt. Unter dem Titel "Zusammenlegung - ein gescheiterter Versuch" erklärte dann Generalbundesanwalt von Stahl den ZuschauerInnen, daß die Zusammenlegung nicht das gewünschte Ziel erreichte: Denn die Zusammenlegung würde keine AussteigerInnen produzieren. Man müsse nun zu anderen Mitteln greifen, sprich die Kleingruppen in Köln-Ossendorf, Lübeck und Celle auflösen. Die Propaganda von "Spiegel" bis "taz" erreichte einen Höhepunkt bei der Berichterstattung über die Erklärungen von Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt im Prozeß gegen Susanne Albrecht. Während die Genossin und der Genosse davon sprachen, daß Sie sich nicht im Prozeß sondern an anderer Stelle öffentlich äußern - also sprechen - würden, machte die Presse daraus die Ankündigung von neuen Aktionen der RAF. Die neueste Variante in dieser Medienhetze ist die Behauptung, daß Rechtsanwälte und eine Rechtsanwältin Kuriere im Auftrag der RAF, also Verbindungspersonen zwischen Gefangenen und Illegalen seien. Diese politische Rufmordkampagne, die fatal an die Hetzkampagne gegen die Kanzlei Groenewold und Croissant 1975 bis 78 erinnert, hat der "Spiegel" maßgeblich mit angeschoben. Sollte es dann z.B. zu Ausschlüssen von und Besuchsverboten für VerteidigerInnen kommen, ist eine Legitimation von seiten des Staates gar nicht mehr notwendig. So ist es dann auch kein Zufall, daß auf dem FDP-Landesparteitag in Bayern über die erneute Einführung des Kontaktsperregesetzes diskutiert wird. Das macht nur nochmal mehr deutlich, in welche Richtung die Herrschenden die politische Diskussion haben wollen: Die **Totalisolation** der Gefangenen.

Während des Hungerstreiks '89 war es kurzfristig möglich, einen Keil zwischen die C-Demokraten und die S-Demokraten zu treiben. Es gibt zwar auch heute noch zwischen CDU/CSU, FDP und SPD politische Unterschiede, diese Differenzen zwischen den "Demokraten der BRD" dürfen uns allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie heute in diesem Punkt ein gemeinsames Ziel verfolgen. Auch wenn mitunter die Wege und Beweggründe differieren, an dieser Front soll Ruhe herrschen - **Friedhofsruhe !**

Bei der "freien Presse" kann man nicht behaupten, daß sie nur Nachrichtenempfänger, Public-Relation Agenturen für die Staatssicherheitbehörden der BRD wären. Das der Staat in der Bekämpfung seiner Feinde auf propagandistische Vorbereitung und mediengemäße Begleitung der Repressionsmaßnahmen nicht verzichten kann ist klar. Zugleich ist eine Information in unserer Gesellschaft eine Ware, deren Veröffentlichung davon abhängt, in wiefern mit ihr Profit zu erzielen ist. Das ist die "Freiheit der Presse". Haben die Informationen von BAW/BKA in irgendeiner Form mit dem Staatsfeind Nr.1 zu tun, liegt der Marktwert dieser Informationen natürlich ungleich höher. So haben die reisserischen Aufmachungen der Zeitung ja auch zwei Ziele: Sie sollen die Staatsschutzlügen in die Köpfe der Menschen schleudern und den Verkauf steigern. Die Presse liefert für die Angriffe gegen die Gefangenen schon jetzt die Legitimation - ohne jedweden realen Beweis.

Der politische Hintergrund für die Medienhetze hat verschiedene Aspekte:

So zeichnet sich in den nächsten Jahren eine politische Polarisierung der Gesellschaft in der BRD ab, die ihre Ursachen in der Verarmung größerer Teile der Bevölkerung haben wird. Eine politische Situation, in die auch die Aktionen der RAF gegen Herrhausen, Neusel und Rohwedder politisch intervenierten, Polarisierung und Orientierung schaffen wollen - gegen das westdeutsche Kapital. Mit dem hemmungslosen Plündern der DDR beschäftigt , sehen sich die westdeutschen Bonzen plötzlich mit einer brisanten Mischung aus sozialem Protest auf der Straße und in den Betrieben, politischer Kritik und militanten Angriffen, bei denen die fehlenden Fahndungserfolge dem Staat zusätzlich politisch zu schaffen machen, konfrontiert . Ein anderer Aspekt ist für die Herrschenden zur Zeit vergleichsweise günstig: Durch die Festnahmen der Ehemaligen aus der RAF in der DDR, die über Aussagen und die Kronzeugenregelung ihre Haut zu retten suchen, das politische Exil für die Ehemaligen, das nur über den Stasi lief, das mediengerechte Ausschlachten der Verbindung RAF/Stasi ... . All dies hat zu einer Verunsicherung geführt, sowohl in weiten Teilen der politischen Bewegung als auch bei den Leuten, die sich aus humanistischen Gründen im Hungerstreik '89 mit den Foderungen der Gefangenen solidarisierten.

Mit dem Hungerstreik '89 gelang es den Gefangenen, als politisches Kollektiv, die gesellschaftliche Diskussion auf die Situation in den BRD-Knästen zu lenken. Die große Akzeptanz der Forderung nach Zusammenlegung weit in Teile des liberalen Bürgertums hinein, schuf die Möglichkeit, daß über die Zusammenlegung der Gefangenen und politische Gemeinsamkeiten innerhalb der Linken offen geredet werden konnte. Mit der Kriminalisierung genau dieser Diskussion, mit dem neuen §129a-Verfahren gegen Genossinnen und Genossen in Nürnberg wegen der Zusammenlegungsforderung soll dieser Raum wieder geschlossen, ein öffentliches Vakuum geschaffen werden, das die Presseorgane mit ihren Desinformationen besetzen wollen. Gleichzeitig schafft die BAW sich durch diese Pressehetze eine Situation in der die Gefangenen als Geiseln gegen die Guerilla eingesetzt werden können. So ist zwar kein Fahndungserfolg vorhanden, aber es besteht die Drohung des Staates an die Militanten "draußen": Bei Angriffen gegen uns schaffen wir ein neues '77 ("Deutscher Herbst"). Die Medienhetze hat den Einsatz der Mittel schon vorbereitet.

Dagegen stehen die Gefangenen aus der RAF und dem revolutionären Widerstand mit dem Kampf gegen die Isolation, für ihre politische Identität und für die Forderung nach Zusammenlegung. Die Gefangenen haben sich mit mehreren Hungerstreiks und Erklärungen ein hohes Maß an politischer Einheit erkämpft, sie stehen als Kollektiv im Knast gegen die Befriedungsversuche des imperialistischen Staates BRD. Die Forderung nach Zusammenlegung, ist Ausdruck des notwendigen Schrittes nach zum Teil 20 Jahren Isolationshaft die zerstörerischen Haftbedingungen zu durchbrechen.

Und gegen die von der BAW eingeleitete propagandistische Vorbereitung der Zerschlagung der Kleingruppen und der Verschärfung der Haftbedingungen, sowie gegen den Propagandakrieg in den Medien richtet sich diese Aktion.

Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand und aller Gefangenen, die die Zusammenlegung fordern - Keine Kriminalisierung der Zusammenlegungsforderung !

Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen - Freie Arztwahl und medizinische Versorgung im Knast !

Schluß mit den Schreib- und Besuchsverboten - Schluß mit der Zensur durch BAW und Knastleitung - Für freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen untereinander und mit draußen !

DIE PATRIARCHATSDISKUSSION

heimlich still und leise, denn
nichts sagen, nur das ist sicher

Eine längst überfällige Veröffentlichung.

Seit etlichen Monaten wissen wir, daß einzelne Anwälte aus Büros, mit denen wir als Ermittlungsausschuß zusammenarbeiten, Vergewaltiger, Mißbraucher, Ehemänner die ihre Frauen umbringen, verteidigen. "Scheiße" war unsere erste Reaktion, differenziertere Äußerungen folgten später, die Diskussionen dauern an.
Anfang letzten Jahres erfuhren wir "per Zufall", daß ein Anwalt (wir haben uns zunächst dafür entschieden, den/die Namen noch nicht zu nennen; wir wollen nicht unbedingt eine personifizierte Diskussion) einen Mißbraucher verteidigt hat. Im Prozeß selber waren Frauen anwesend, die im Rahmen ihrer Arbeit das mißbrauchte Mädchen begleiteten. Sie waren mehr als erstaunt, den ihnen bekannten Anwalt auf der anderen, der Gegenseite zu sehen. Eine der Frauen hat zu uns Kontakt aufgenommen, um uns zu informieren und mögliche Verhaltensweisen/ Konsequenzen zu überlegen.
Es fand ein erstes Treffen mit dem Anwalt kurze Zeit später statt, ein nächstes mit noch einer Anwältin folgte und dabei erfuhren wir, daß weitere Anwälte"von uns" auch Vergewaltiger verteidigen.
Im Folgenden werden wir Inhalte dieser Gespräche und unsere eigenen Diskussionsprozesse transparent machen, mit all' den Schwierigkeiten, privat-politisch, Ängsten und Unsicherheiten.

Zu uns als Gruppe:
Wir sind eine gemischte Gruppe und mit gemischt meinen wir Frau-Mann-Lesbe, Lesbe-Mann- Frau, wie auch immer.
Wir fanden uns in dieser Zusammensetzung zum Thema Repression, als "selbstverständlicher" Bestandteil unseres autonomen Politikverständnisses. Dieses haben wir an der einen oder anderen Stelle dargestellt.

Jetzt geht es um uns selbst und um das, was wir ausgeklammert, nicht gesehen oder so nicht gesehen haben.
Wir haben in unserer Anti-Repressionsarbeit immer wieder Erfahrungen mit sog. Mackerverhalten, männlich orientierter Militanz und dem entsprechend herben Umgang mit Repression gemacht.

Thematisiert haben wir dies punktuell unter uns, auch mit der Frage, was das für unsere Unterstützungs-/Solidaritätsarbeit heißt und für Konsequenzen hat.
Dazu kamen Diskussionen um die Sprühaktion gegen Männer aus der Szene im Frühjahr '90 und ihre Folgen(losigkeit), um das Bankrottpamphlet zum "Untergang des autonomen Feminismus" als Ausdruck männlichen Chauvinismus schlechthin (und das ist noch vorsichtig formuliert). Als letztes erreichte uns dann die Nachricht, daß "unsere" Anwälte keine politische Integrität besitzen, so wie wir sie gerne hätten.

Alles was vergessen wird geschieht!

Das "Problem" war und ist, daß wir anfingen, unsere patriarchale Realität an uns ranzulassen, uns damit auseinanderzusetzen. Wir müssen uns eingestehen, daß wir die Patriarchatsdiskussion so nicht geführt haben, auch wir trennen in Haupt- und Nebenwiderspruch: Diese Diskussion schien uns fast unmöglich am Thema Repression.
Gewalt gegen Frauen war und ist nicht unser Thema, das bleibt Frauen/Lesben vorbehalten, sind sie doch in erster Linie davon bedroht. Sehr wohl Thema war und ist bei uns immer auch "Szenestruktur", wie gehen wir miteinander um (Verräterdiskussion, Spitzel) usw. Es gab in unserer Gruppe eine zunehmende Sensibilität durch diese Diskussionen, und dadurch, daß das, was jede/jeder von uns außerhalb der Gruppe ausmacht und bewegt, nicht außen vor geblieben ist, und wir dies auch nicht mehr trennen wollten (z.B. die Sprühaktion gegen einen von uns).
Wir erlebten uns mehr als vorher in unseren Identitäten Lesbe-Frau-Mann, spürten (persönliche) Konsequenzen, Brüche; Ängste, Unsicherheiten. Trennendes tat sich auf einmal klarer auf (oder ist das alles nur eine Frage der Wahrnehmung?), das scheinbar Gemeinsame wurde scheinbar in Frage gestellt. Und da stecken wir noch mittendrin.
Es ist uns klarer geworden, daß es dafür einer politischen Perspektive bedarf, die die persönliche Bereitschaft, sich einzulassen und sich "auseinanderzusetzen", beinhaltet. Und das müssen wir auch unter uns selber leben (lernen) in der Gruppe.

def

Nach diesem ersten sehr persönlichen Teil wollen wir im Folgenden die Diskussion um Männergewalt und Justiz, Verteidigung von Vergewaltigern und Mißbrauchern durch linke Anwälte initiieren.

Linke Verteidiger von Vergewaltigern und Mißbrauchern - was heißt das für uns ?

Das Verhalten von zumindest einem Hannoverschen Anwältebüro, mit dem der EA zusammenarbeitet, in Vergewaltiger- und Mißbrauchsprozessen kam für uns unerwartet. Genauergesagt war es Zufall, daß wir davon überhaupt erfuhren, und dies sicher auch, weil es uns in der Regel nicht interessiert hat, was die Anwälte außerhalb der Strafprozesse gegen Linke für Verteidigungen übernehmen.
Ziemlich sprachlos gemacht hat uns dann bei einem Gespräch mit dem Verteidiger eines Mißbrauchers seine Begründung: die Verteidigung war für ihn ein Experiment. In der gegenwärtigen Praxis deutscher Justiz, die mit zunehmender Restriktivität die Verteidigungsrechte und die Rechte der Angeklagten einschränkt, fahren die AnwältInnen eine Linie bei der es ihnen vor allem um einen Kampf genau gegen diese Verschlechterungen geht. Die Gegenwehr gegen scheinbar objektive wissenschaftliche Beweisführungen (z.B. Handschriftengutachten, genetische Fingerabdrücke ...), die Urteile im Sinne der Anklage herbeiführen und zementieren, wird von ihnen selbst auf die Verteidigung von Mißbrauchern und Vergewaltigern ausgedehnt. Dies ist u.a. eine zynische Folge eines (zu) hohen Abstraktionsvermögens: man bewegt sich nur noch innerhalb einer gewissen Eigendynamik und der Logik eines Berufsstandes. Abgeschnitten seit über 10 Jahren von den Diskussionen der Szene ist das Politikverständnis der AnwältInnen bei einer eher ökonomisch ausgerichteten Gesellschaftsanalyse stehen geblieben, die den Kampf gegen das Patriarchat auch weiterhin als Nebenwiderspruch sehen will.

Ein Großteil gemischter autonomer Politik geht allerdings an der Existenz patriarchaler Herrschaft genauso vorbei.
Außer den Anfängen einer Theoriebildung, die an bestimmten Punkten (z.B. Sextourismus, Gentechnologie, Szenestrukturen entstanden sind, mangelt es ansonsten an Theorie und Praxis, in die sich die gemischte autonome Linke selbst mit einbezieht. In vielen männlichen oder vorwiegend männlichen Zusammenhängen wird patriarchale Gewalt genauso als Nebenwiderspruch behandelt wie hier bei den AnwältInnen. Der Widerspruch zwischen sich entwickelnden Positionen in einer autonomen, linken Szene, die durchaus antipatriarchales Verständnis hervorbrachte, und der Unfähigkeit, diese auch umzusetzen, ist u.E. häufig so groß, daß es eher nach patriarchaler Herrschaft selbst aussieht, was wir so zustande bringen.
Auch im Zusammenhang mit dem Vorwurf an die AnwältInnen, sie bewegten sich nur noch innerhalb der Logik ihres Berufsstandes, müssen wir hier allerdings entgegenstellen, daß diese Berufs- und Alltagsproblematiken uns (später) selber treffen, was meistens vereinzelt gelöst wird. Dafür existieren keine politischen Konzepte, die dies mit einbeziehen. Existenzielle Fragen werden nicht beantwortet, weder ökonomisch noch emotional, was die Realisierbarkeit einiger Ziele autonomer Politik gründlich in Frage stellt. (Es gibt auch einige Gegenbeispiele...)

Die Szene hat sich in den letzten Jahren immer wieder darum gedrückt, eine eigene Strategie in Prozessen auszuarbeiten, auch wir lassen uns immer wieder unter der Zuhilfenahme von AnwältInnen auf die "Logik" von Gerichten und Justiz ein. Unser Anspruch, mehr oder weniger umgesetzt, ist dabei allerdings, die "Sache", um die es geht (Repression gegen StaatsgegnerInnen, Unterdrückung von Widerstand etc.) einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Auch dafür benutzen wir AnwältInnen.

Bei der Verteidigung von Mißbrauchern und Vergewaltigern stehen diese AnwältInnen für uns eindeutig auf der anderen Seite gegen betroffene Frauen und Mädchen. Die Verteidigung der Rechte des eigenen Berufsstandes bzw. bestimmter linker Grundsätze kann tatsächlich so weit gehen - eben genau mit dieser Begründung - zu verdrängen, worum es in solchen Prozessen tatsächlich geht: um die Zementierung der Rechtmäßigkeit von Gewalt gegen Frauen. Und: sie ist die Folge einer fehlenden Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Unterdrückung von Frauen.

Wir als EA hatten eigentlich ein "Einverständnis" zwischen uns und "unseren" AnwältInnen an dem Punkt erwartet, daß es völlig klar sei, in Prozessen, in denen es um Frauenmißachtung geht, die AnwältInnen auf

der Seite der Frauen zu finden. Einen Mann zu verteidigen, der seine Töchter (Kinder), Frau über Jahre hinweg mißbraucht und vergewaltigt hat - ist auch emotional für uns alle völlig undenkbar.
Von dem Anwalt wurde in unserer Diskussion allerdings auch nicht vorgetäuscht, sich überhaupt mit der Unterdrückung seitens Männern und der Gesellschaft gegenüber Frauen beschäftigt zu haben oder sich bei der Verteidigung mit der Situation des mißbrauchten Mädchens auseinandergesetzt zu haben: das hat nicht interessiert!
Wichtig war für den Anwalt die Beweisführung im Verfahren - und die generelle Ablehnung der Bestrafung mittels Knast (gemäß ja auch unseres Prinzips, daß mit Knast und Justiz keine gesellschaftlichen Konflikte zu lösen sind; mehr dazu im 2. Teil). Die noch verschärften patriarchalen Strukturen im Knast werden beim Mann die Bereitschaft zu sexueller Gewalt und zur Reproduktion gesellschaftlicher Gewaltverhältnisse eher verstärken.

Warum haben wir so lange geschwiegen? Nun, die Diskussion mit zwei AnwältInnen und einer Frau von Violetta genau um diesen Prozeß hat auch bei uns in der Gruppe eine ganze Reihe von Widersprüchlichkeiten aufgedeckt, die für uns nicht so einfach zu lösen waren.
Neben der Frage, wie wir mit den AnwältInnen weiter umgehen, haben wir uns auch sehr lange prinzipiell mit Prozessen gegen Vergewaltiger und Mißbraucher beschäftigt, und wir möchten im weiteren Text versuchen, diese Diskussion und unsere Probleme damit zu umreißen. Vorweg aber noch etwas zur 1. Frage (Umgang mit AnwältInnen).

Der Anwalt des Mißbrauchers hatte uns zunächst versichert, daß er diese Verteidigungen nicht wiederholen würde, wir sind uns allerdings nicht sicher, ob wir dem Glauben schenken können, da sich auch in der weiteren Diskussion ein völlig unterschiedlicher Ansatz und eine andere Betroffenheit zeigte.
Der Anwalt hat seine Strategie in diesem Prozeß als Experiment begriffen, das hieß: zunächst einmal die Forderung nach einer geringen bis gar keiner Knaststrafe für den Mann (aus oben genannten Gründen) - in der Annahme, daß die Nebenklage diese Strategie auch verfolge. Es wurde von ihm vorausgesetzt, daß die Nebenklägerin ebenfalls den Ort Justiz bzw. das Mittel Knast für den Mann nicht als geeignet sieht, die Probleme des Mädchens zu lösen. Diese Einsicht wurde ebenfalls dem Gericht unterstellt. In dem uns bekannten Fall ist das "Experiment" des Anwalts deswegen gescheitert, weil anstatt der Mindeststrafe von zwei Jahren Knast für den Mann sowohl Nebenklage als auch Gericht wesentlich mehr forderten bzw. verhängten (7 Jahre war das Urteil).
Inzwischen wissen wir, daß ein anderes AnwältInnenbüro ebenfalls - seit langen Jahren - Vergewaltiger verteidigt und können bei anderen Anwälten (aufgrund der männlichen Dominanz in den Büros) erst einmal davon ausgehen, daß es bei ihnen zumindest theoretisch nicht viel anders ist. Die Verteidigung von Mißbrauchern und Vergewaltigern ist auch kein Diskussionsthema (mehr?) unter den Büros.
So stehen wir in Hannover (anders als in Berlin z.B., wo es soviele linke AnwältInnen gibt, daß es möglich ist, 2 Listen zur "freien Auswahl" zu machen, also: eine Liste mit VergewaltigungsverteidigerInnen und eine, die AnwältInnen angibt, die dies nicht tun. Die Listenlösung ist ein Kompromiß innerhalb des EA's gewesen, der sich auf eine einheitliche Forderung nicht einigen konnte) vor der folgenden Situation, bzw. vor folgenden Möglichkeiten:

1.) Wir boykottieren die Büros, von denen wir wissen, daß sie Mißbraucher und Vergewaltiger verteidigen und suchen uns StrafverteidigerInnen, die dies nicht tun. Bei allen Versuchen in diese Richtung hat sich bisher für uns nur herausgestellt, daß es vermutlich keine StrafverteidigerInnen gibt, die dies nicht tun oder befürworten, außer den AnwältInnen die in solchen Prozessen die Nebenklage führen. Diese wollen aber meist keine anderen Strafprozesse übernehmen.

2.) Eine zweite Möglichkeit wäre, wir verzichten zukünftig bei unserer Verteidigung in Strafprozessen völlig auf AnwältInnen. Dies würde allerdings eine sehr intensive Diskussion darüber voraussetzen, die wir von unserer bisherigen Erfahrung mit Diskussionen über "kleine" und "große" Strafprozesse innerhalb der Szene oder dem was zur Zeit von ihr übrig ist, für nicht durchführbar halten.

3.) Eine dritte, langfristigere Lösung wäre, langsam mal nach einer neuen Generation von AnwältInnen zu suchen, die Lust haben, mit uns zusammenzuarbeiten und denen wir vertrauen, die Strafprozesse gegen die radikale Linke so zu führen, wie wir es vorher bestimmen, und die keine Verteidigung von Männern, die der Gewalt

gegen Frauen beschuldigt werden, übernehmen. Auf längere Sicht wäre dann die Zusammenarbeit mit den bisherigen AnwältInnen aufkündbar ohne "Schaden"!

4.) Eine weitere Möglichkeit ist, wir arrangieren uns mit den Verhältnissen, d.h. wir akzeptieren die Verteidigung von Gewalttätern gegen Frauen ebenfalls als Nebenwiderspruch, weil wir Angst davor haben, bei einer Aufkündigung der Zusammenarbeit mit den "politischen" AnwältInnen dann keine AnwältInnen mehr zu haben, denen wir bei der Führung von Strafprozessen vertrauen können. Dies würde nicht zuletzt wohl auch dem Stand der Diskussionen über patriarchale Strukturen in der Szene entsprechen.

5.) Nach dieser Veröffentlichung boykottieren die AnwältInnen uns.

Wir wollen den weiteren Umgang mit den AnwältInnen mit euch diskutieren, ihn nicht alleine bestimmen und zu keiner pragmatischen (Nicht-)Regelung gezwungen sein!

Männergewalt und Justiz

Eine der wichtigsten voraussetzungen für unsere Diskussion ist die Tatsache, daß Prozesse gegen Mißbraucher und Vergewaltiger von der gleichen Männerjustiz durchgeführt werden, wie Strafprozesse gegen Linke - von einer Justiz, die sich dadurch auszeichnet, die herrschenden Verhältnisse zu festigen, die gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse zu tabuisieren und zu individualisieren und auf Straftaten zu reduzieren. Wo es eigentlich um die gesellschaftliche Unterdrückung von Frauen und um Gewalt gegen Frauen geht, setzt sich diese Grundlinie in Prozessen gegen Vergewaltiger fort: die patriarchale Unterdrückung wird auf eine einzige Straftat, die Vergewaltigung durch einen bestimmten Mann, reduziert.
Resultat dieser Prozesse - ableitbar aus den bekannten Verfahren - ist die Tabuisierung der gesellschaftlichen Gewalt gegen Frauen (vom Schulbuch bis zur Pornographie, von den Familienstrukturen bis zur Werbung), in dem gerade in diesen Prozessen von einer Einzeltäterideologie ausgegangen wird.
Frauen und Mädchen werden durch gerichtlich angeordnete psychiatrische Gutachten unglaubwürdig gemacht, es wird versucht, ihnen einen Hauptteil der Schuld zuzuschieben, in dem von Frauen/Mädchen sog. "Glaubwürdigkeitszeugnisse" verlangt werden oder ärztliche Atteste usw. (Diese Strategie führt zu weniger Urteilen)

Wir lehnen die Funktion und Praxis der Justiz deshalb aus prinzipiellen Gründen ab. Ein sehr abstraktes Herangehen, denn wie sich in der Diskussion mit einer Frau von Violetta herausstellte (Violetta ist ein Verein, der sich um mißbrauchte Mädchen kümmert, Fälle zur Anzeige bringt und die Betroffenen im Prozeß betreut), haben diese Prozesse für die mißbrauchten Mädchen eine andere Bedeutung.

Die bislang psychische Schuldzuweisung seitens der Gesellschaft und des Täters an das Mädchen wird durch den Prozeß oft "korrigiert". D.h., dem Mädchen wird dadurch geholfen, in dem ihr durch eine Verurteilung des Mannes offiziell Recht gegeben wird. Diese Wirkung wird sicher auch unterstützt durch eine relativ hohe Autoritätsgläubigkeit gegenüber der Bedeutung von Gerichtsurteilen, dem Richter (Mann).
Das Mädchen ist damit, zumindest was die Schuldzuweisung betrifft, entlastet. Diese Bedeutung ist nicht zu unterschätzen, da die Verurteilung des Täters für die betroffenen Frauen und Mädchen fast immer die einzige Möglichkeit ist, sich auch in den Augen des Freundeskreises, der Nachbarn oder der KollegInnen zu "rehabilitieren". (Gerade von den Vereinen, die mit betroffenen Frauen und Mädchen arbeiten oder auch den GRÜNEN wird übrigens oft eine Verschärfung des Strafrechts gefordert - diameträr zu unseren Forderungen. Diese Linie geht von der Anerkennung der Justiz über die Forderung, RECHT bekommen zu wollen und zu vergelten mittels der Verurteilung der Täter.)
Der psychischen "Schuldklärung" folgt für die Mädchen und Frauen eine ganz praktische Auswirkung dieser Verurteilungen: der Mann ist (vielleicht und erst einmal) von der Bildfläche verschwunden - nicht mehr und nicht weniger.
Die konkrete Bedrohung durch weitere Mißhandlungen kann in dieser Gesellschaft offensichtlich nur durch die Einknastung des Mannes gestoppt werden. Oft heißt die "Lösung aber eben auch Mädchenhaus, bzw. Frauenhaus, in denen die Opfer zwar erstmal vom Gewalttäter weg sind, gleichzeitig aber auch aus ihren gesamten Zusammenhängen gerissen werden.

Von Selbstjustiz sind wir weit entfernt, von einer Diskussion über Gewalt gegen Frauen auch in fortschrittlichen Kreisen sowieso so bleibt in der momentanen Situation T A T S Ä C H L I C H die Führung dieser Prozesse

und der damit verbundenen eventuellen Einknastung des Mannes als einzige Lösung, um die Wiederholung von Vergewaltigungen und Mißbrauch zu verhindern.

Die Realität hinterläßt allerdings einen bitteren Nachgeschmack: nicht nur, daß die psychischen Auswirkungen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen auch durch eine Verurteilung nur kurzfristig abgemildert werden können, denn die Folgen sind nie wieder gut zu machen. Auch die Einknastung des Mannes bedeutet nur eine kurzfristige Sicherheit, denn in der Regel gibt es bereits nach zwei Wochen Knast Ausgang für die Männer und der Rachgedanke ist bei den meisten Männern dann noch verstärkt.

Die gesellschaftliche Situation von Frauen ändert sich durch ein einzelnes ungewöhnliches Urteil im Gerichtssaal überhaupt nicht. Weder die verdeckten Mißbrauche und Vergewaltigungen in Familien durch Väter, Onkel, gute Bekannte etc., noch psychische und physische Gewalt gegen Frauen in Kneipen, bei der Arbeit, auf der Straße - überall.

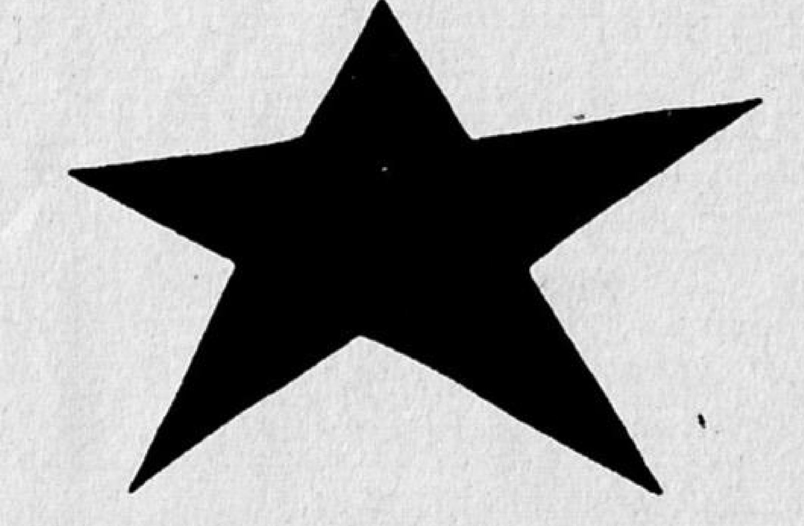
Wir als EA haben uns mit all diesen Diskussionen sehr schwer getan.

1. haben wir Gewalt gegen Frauen wie auch andere in der Szene nie zum Thema gemacht
2. können wir uns mit der Anerkennung einer "positiven" Bedeutung von Justiz hier nicht "anfreunden"
3. werden wir den einzig richtigen Weg, nämlich als EA (als Gruppe) gegen die Unterdrückung von Frauen zu kämpfen, wohl kaum gehen.

Die über einjährige, zähe Diskussion ohne praktische; zufriedenstellende Lösungen führt eher zu einer Lähmung und tendenziellen Auflösung unserer Gruppe (zusammen mit anderen Veränderungen unseres Verhältnisses gegenüber der Politik der Szene), auch wenn wir uns in dieser Diskussion entwickelt haben.

ERMITTLUNGSAUSSCHUß HANNOVER

infodienst münchen



Info Nr. 50
8. Juli 91

Vom 5.-7. Juli war in der Nähe von Aichach ein "Knastcamp". Dieses soll der Auftakt einer Reihe von bundesweiten Wanderkundgebungen vor den Knästen sein. Außerdem war gewünscht, länger vor Ort präsent zu sein. Es kamen bis zu 200 Leute aus der BRD, unter anderem auch Angehörige von politischen Gefangenen. Dazu noch ein paar Jesuiten aus der Initiative für freie politische Diskussion, die bereits paar Tage vorher da waren und u.a. mit den in der JVA-Aichach sitzenden Frauen Brigitte Mohnhaupt, Manuela Happe und Claudia Wannersdorfer sprechen wollten. Dieses wurde mit Hausfriedensbruch von der Anstaltungsleitung beantwortet. Am Samstag fand dann die Auftakt-Kundgebung auf dem Aichacher Stadtplatz mit anschließender Demo zum Knast statt. In den dort gehaltenen Redebeiträgen mit musikalischen Pausen wurde hauptsächlich auf die Haftbedingungen in Aichach allgemein, sowie die der politischen Gefangenen und der speziellen Rolle von Bayern zur Gefangenenpolitik hingewiesen. In einem Beitrag wurde an alltäglichen Verhältnissen beschrieben, wie Rechtsprechung und Gesellschaft Gewaltverhältnisse provoziert, legitimiert und die gegenseitige mitmenschliche Verantwortung ächtet (z.B. "Frei Fahrt für frei Bürger", was den Tod von Menschen rechtfertigt). Um 19.00 Uhr sollte in Aichach in einem Saal eine öffentliche Diskussion stattfinden. Der Einsatzleiter der Polizei meldete dazu an, daß sich ein bewaffneter Kollege in diese Veranstaltung reinsetzen würde, und sollte etwas passieren, würden die mit Panzerwesten bekleideten ca. 50 USKler, die bereits 10 Meter hinter ihm standen, dafür sorgen, daß diese Veranstaltung "aufgelöst" wird . Außerdem wären bereits zwei weitere Züge USK angefordert, die in fünf Minuten eintreffen. Die Angehörigen weigerten sich, vor der Polizei Beiträge zur Diskussion zu machen, da sie einmal offen und ohne Überwachung über ihre Gedanken und Erfahrungen im Umgang mit gefangenen Angeörigen reden wollten. So verließen die Leute wieder den Saal. Nach kurzer Beratung wollten alle wieder zurück zu den Autos, um ins Camp zu fahren. Dabei versuchten USK gezielt Personen rauszugreifen, wobei sie dann auch sechs rabiate Festnahmen machten. Die Anklagen beschränkten sich wie üblich auf "Widerstand bei der Festnahme", Beleidigung etc. Also es gibt zwar keinen Grund, aber was nicht ist kann Polizist ja machen.
Am Sonntag sollte noch ein Konzert mit drei Gruppen vor der JVA stattfinden, dieses fiel dann flach, nachdem viele Leute wieder gefahren waren und der Resthaufen sich ziemlich trostlos die Blöße gegeben hätte.
isolierte Menschen -> isolierte Gedanken -> isolierte Menschen

Wunsiedel: Am 20.6.91 hat das Landratsamt Wunsiedel die "Gedenkkundgebung" für Rudolf Hess am 17.8.91 verboten. Begründet wurde das Verbot damit, wie auch die vergangenen drei Jahre, daß "Verherrlichungen des nationalsozialistischen Gedankenguts" zu erwarten wären. Ein zusätzlicher Aspekt für das Verbot der Kundgebung ist die zu erwartende Teilnahme von "erheblich gewaltbereiten Rechtsextremisten". Da die Faschos, wie auch die letzten Jahre, sicher dagegen prozessieren werden, laufen die Vorbereitungen zur Gegendemo weiter. Jeden Dienstag ab 19.00 Uhr im Infoladen.

NAZIS RAUS!

Antifaschistischer Kampf in Hamburg ab 1990

Antifaschistische Strategien

Jugendbewegung und Neofaschismus

AG/R

(21)

„Nazis raus“

Eine neue Broschüre zu verschiedenen Aspekten des antifaschistischen Kampfes. Zum Beispiel Jugendkulturen: Skinheads, Hooligans und Jugendliche bei den Neofaschisten. Zum Beispiel Ideologie der Faschisten: HLA-Programm, Faschisten gegen ArbeiterInnen- und Fraueninteressen. Zum Beispiel antifaschistische Strategien: Antifaschistische Wahlbeteiligungen? Militanter Antifaschismus, Nazis an Schulen.

36 Seiten, 4 DM. Bestellungen an GNN-Verlag HH, c/o AG/R, durch Überweisen von 4 DM plus 1 DM Porto (ab 10 Stück Abnahme 3 DM pro Heft). Ihr erhaltet mit dem Heft eine Rechnung und zahlt dann auf das Konto GNN-Verlag, Postgiroamt Hamburg, Konto-Nr. 25265-201, BLZ 20010020 ein. — (AG/R)

Bitte druckt diese Werbung bei Euch ab! Wenn nicht, ist auch nicht schlimm. Revolutionäre Grüße aus Hamburg!

ARIEL

FiLM iM EX
SONNTAG
20 UHR
21.7.

FRANKFURTER DISKUSSIONSTAGE "GEGEN DIE MILITARISIERUNG DER KÖPFE"
16./17.3.91

den Diskussionstagen in der Uni Frankfurt nahmen ca. 80 GenossInnen
dem Frankfurter linksradikalen Spektrum teil. Das Ziel dieses
henendes war es, die Kontroversen, die während der ersten Wochen
h offiziellem Kriegsbeginn nicht ausgetragen wurden, zu beginnen,
den Schwierigkeiten und Schwächen der Linksradikalen in der Anti-
egs-Bewegung auf die Spur zu kommen. Die Protokolle der teilweise
en Auseinandersetzungen **sind** in einem Reader erschienen
die Vorbereitungsgruppe der Diskussionstage **herausgebracht hat**
Inhalt des Readers:
tokolle der AGs: Palästina-Israel und der Antisemitismus-Vorwurf
tik an unserer Ungenauigkeit beim Antiimperialismus; Ursachen
Golfkriegs; Rolle der BRD und antimilitaristische Politik;Anti-
sismus AG und die zugehörigen Thesen bzw. Arbeitspapiere;
e aufgezeichnete Diskussion der Vorbereitungsgruppe zur Situation
Frankfurt während der Anti-Kriegs-Mobilisierung;
erdem ergänzende Papiere zu o.g. Themen **68 Seiten**
bestellen [illegible]: Zentrum.c/o Infoladen,Hinter der schönen
sicht 11, 6000 Frankfurt 1 **5 Mack + Porto** 2,60;bei mehr 3,5

Kaufen bevor:
der Staatsanwalt zuschlägt

Autonomer Widerstand 1990/91, Südniedersachen

132 Seiten,
aus dem Inhalt:
Mord an Alexander S.,
Conny-Demo,
Golfkrieg,
Prozesse, u.v.a.
Flugblätter,
Zeitungsartikel,
Erklärungen usw.

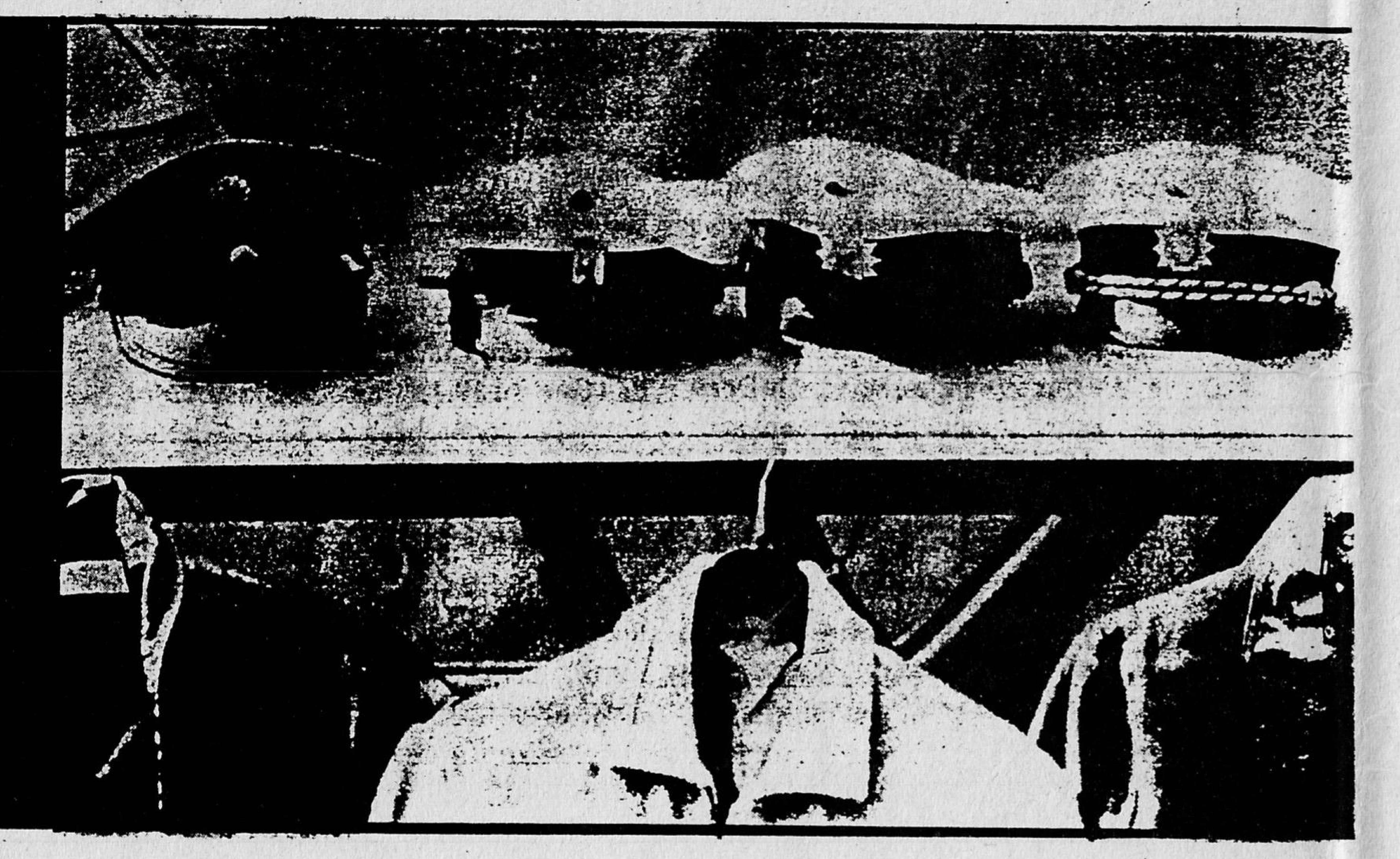
Nur 15,- DM

Erhältlich: Buchladen Rote Straße 10, 34 Göttingen

Kriegsbedingter Vorspann: Eigentlich hatten wir den guten Vorsatz, die Diskussionen unter uns und über uns hinaus in den Rohentwurf miteinzubeziehen bzw. zu verarbeiten. Der Golfkrieg kam dazwischen... wider des an sich richtigen Bewußtseins, daß wir unsere Auseinandersetzungen und Perspektivdiskussionen „eigentlich" nicht aussetzen dürften. Zum Artikel selbst: Konzeptionell waren 3 Teile gedacht, die sich aufeinander beziehen sollten: Teil 2 sollte sich nochmal genauer mit Nationalismus auseinandersetzen, Teil 3 sich mit letzter Kraft auf Rassismus stürzen. Nun ist uns erstmal die Luft auf der Straße ausgegangen. (21.1.91) *(Nachdem der Golfkrieg nun „beendet" ist, gehen wir davon aus, daß die weiteren Teile nachfolgen; SF-Red.)*

Doitsch-Stunde

Anleitung zur Spurensicherung



von Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe, Rhein/Main

Was wäre ein Text aus unseren Zusammenhängen ohne Einschränkungen. Vorneweg also 2 Einschränkungen und zum Ausgleich eine „Übertreibung". Bisher verstand sich das „wir" in den Texten immer auch als geschichtliches „wir"; ein Parabolspiegel für bestimmte Diskussionen, für einen Teil autonomer Geschichte. Er ist geradezu verkehrt entstanden – nicht als Reflexion geführter Diskussionen und formulierter Positionen, sondern aus dem erdrückend gewordenen Stillschweigen zu diesem Thema. Die zweite Einschränkung betrifft den Geltungsbereich des Gesagten. So internationalistisch wir uns auch geben, so sehr stoßen unsere Überlegungen und Einschätzungen an die Mauer, an die Grenzen zur Ex-DDR. So entschieden wir auch andernorts gegen Mauern anrennen, die Grenze zur DDR war über Jahrzehnte Demarkationslinie oder besser gesagt Endpunkt militanter Neugierde und Erfahrungen. Über diese Unwissenheit wollen wir nicht hinwegtäuschen. Es gibt kaum eine politische Strömung, die die eingestürzte DDR-Mauer mit soviel Zynismus und Ablehnung gegenüber den „Zonies" innerlich wieder aufrichtet, wie unsere autonome Szene.

Eine andere, selbstgestellte Vorgabe können wir mehr denn je einhalten. Wir verstanden unsere Texte nie als eine Art politische Rückversicherung des „Angesagten", des Unbestrittenen. Der Reiz des Schreibens bestand immer auch darin, am Anstößigen, am Umstrittenen unsere Erfahrungen zu messen. Ohne viel zu tun, knüpfen wir daran an.

Es gibt kaum ein Terrain, das so unberührt von militanten Annäherungen ist, wie die „deutsche Frage". Beharrlich und verblüffend vereint hat die Linke seit Jahren ihre eigene, deutsche Identität exterritorialisiert. Außer Landes gebracht. Der MIR in Chile, die Tupas in Uruquay, die Befreiungsbewegungen in El Salvador und Nicaragua waren uns immer näher, als die eigene, deutsche Geschichte. Seit fast 20 Jahren betrachten wir die deutsche Geschichte mehr vom politisch Außenstehenden, als vom Standpunkt des Dazugehörenden. Nur wer ganz gemein ist, erkennt uns trotz aller Formen der Exilierung als Deutsche.

Die Mauer ist gefallen wir mauern weiter

Mit dem Jahr '89 brachen politische, ökonomische und ideologische Koordinaten zusammen, an denen sich nicht nur herrschende Politik, sondern auch unser Widerstand orientierte:

— Mit dem Zusammenbruch der DDR ist eine weitere deutsche Kriegsschuld vermeintlich getilgt. Mit der (Selbst-)Auflösung des SED-Regimes haben die westdeutschen Protagonisten des „Kalten Krieges" nicht nur eine nachträgliche Rechtfertigung bekommen – der Systemkampf zweier vermeintlich so verschiedener Gesellschaftsordnungen ist eindeutig zugunsten des *Originals* (BRD) zulasten einer *Fälschung* (DDR) entschieden worden.

— Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks ist nicht nur das herrschende Blockdenken zusammengebrochen, sondern auch die herrschende Militärdoktrin vom Frieden durch gegenseitige Abschreckung. Die Grenzen der NATO beginnen sich sichtbar zu verändern.

— Mit der Metamorphose der UdSSR vom „Reich des Bösen" zum Hilfssheriff des ideellen Gesamtpolizisten USA ist die imperiale Aufteilung der Welt in zwei Hemisphären aufgekündigt – eine Neuverteilung, unter aktiver Beteiligung Westeuropas, hat gerade erst begonnen.

— Ist Mittel- und Südamerika für die USA ihr „Hinterhof", so droht im Zuge der Neuordnung der einstige Ostblock zum „Hinterhof" Westeuropas zu werden

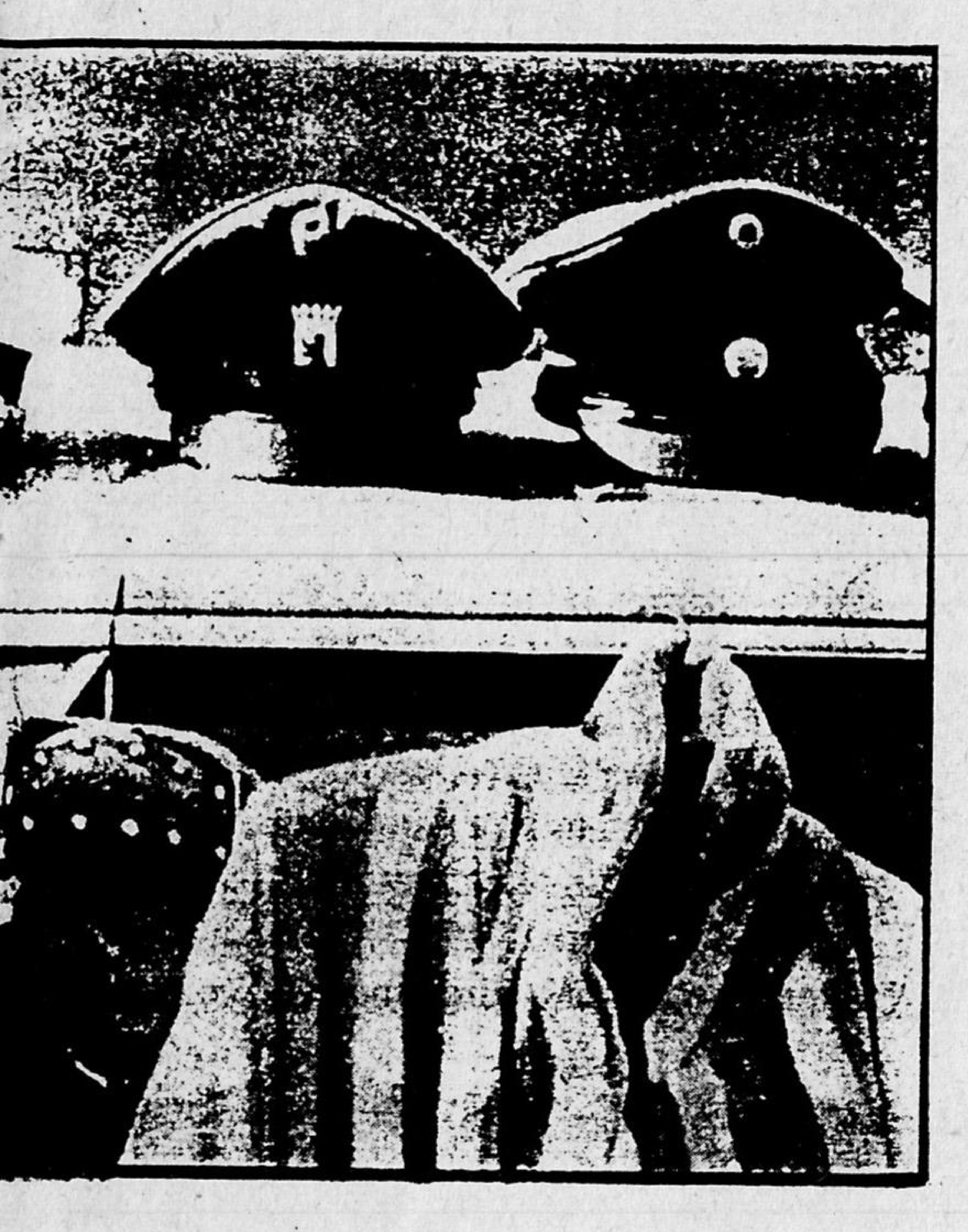
— Haben bisher um die Macht kämpfende oder zur Macht gekommene Befreiungsbewegungen von den hegemonialen Interessenkollissionen – materiell und politisch – profitiert (z.B. Kuba, Angola, Nicaragua), so werden sich auf unabsehbare Zeit diese Spiel- und Handlungsräume nicht mehr ergeben.

— Mit der freiwilligen Hingabe der KPdSU zum „Erzfeind der Menschheit", ist die „freie Welt" dabei, ein einst un-

überwindbar erscheinendes Hindernis auf dem Weg zu *einer* imperialen Weltordnung, zu beseitigen. Bush hat anläßlich des Wüstenfeldzugs vor der UNO ganz und gar nicht halluziniert, als er – ohne Veto – von einer neuen „Ära einer Weltfriedensordnung" sprach.
Damit sind nur wenige Veränderungen und Auswirkungen angedeutet.

Und was machen wir, die Linke?

Die GRÜNEN täuschten wieder einmal kurz links an – in dem sie anfangs noch an der deutsch-deutschen Grenze halt machten („Zweistaatlichkeits-Pro-These"), um dann – „mit"befreit von den deutschen



Kriegsfolgen und selbstbefreit vom Rechts-Links-Denken rechts vorbei(-gedacht) bis zum Golf durchzubrechen, im Rahmen einer grünen NATO-Weltfriedenstruppe (vgl. z.B. Äußerungen des gewaltfreien, grünen Militärstrategen Udo Knapp).

Ein Teil der „Radikalen Linken" und andere Heimat- und vor allem parteilos gewordene Linke heilen ihre Wunden aus grünen Zeiten mit der miesesten Version parlamentarischer Opposition: Wozu die SPD 100 Jahre, die GRÜNEN 10 Jahre brauchten, das schafft die PDS bereits mit ihrer „Umgründung". Eine Schrotladung voller scheindemokratischer, scheinoppositioneller und scheinsozialistischer Phrasen.

Viele Antifa-Gruppen und ein Teil des KB-Spektrums verlegen sich auf eine Neuauflage der Faschismusthesen der 70er Jahre, beschwören die „ungebrochene Tradition des deutschen Faschismus", das drohende „4.Reich" und rufen zum Kampf gegen das „wiedererwachte Deutschland" auf.

Die GenossInnen aus dem anarchistischen Spektrum propagieren angesichts der ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2.12.90 den „aktiven Wahlboykott" – eine Waffe, die stumpf bleibt, wenn sie nicht Ausdruck, sondern Ersatz für politische Interventionen und soziale Kämpfe ist. Die „swing", autonomes Rhein/Main-Info vom Februar 90 unterlegte das Titelbild einer von SS-Soldaten abgeführten jüdischen Familie mit den Balkensätzen: „Kein 4.Reich – Tod dem Faschismus – gegen Wiedervereinigung".

Die RAF schrieb noch Mitte der 80er Jahre vom „Imperialistischen Projekt des globalen Faschismus" und es bleibt abzuwarten, ob dieses Großdeutschland ein Grund mehr ist, daran festzuhalten. Zumindest in der RAF-Erklärung zum Anschlag auf die US-Botschaft in Bonn am 13.2.91 wird die These vom 4.Reich wiederholt: *„Das 4.Reich braucht... (für seine neue Weltmachtrolle, Anm. d.V.) die losgelassene Militärmaschine genauso dringend, wie schon die Nazis sie gebraucht haben. Die Interessen des deutschen Kapitals sollen nach 45 Jahren endlich wieder mit der ganzen Brutalität der Kriegsmaschinerie durchgesetzt werden können."* (TAZ-Dokumentation, 15.2.91)

Und wie reagieren wir als Autonome?

Erst mal so als ob uns das ganze nichts anginge. Hartnäckig und geradezu bockig hielten wir über Monate durch. Erst in den letzten Monaten, als eh alles zu spät war, kann man mit viel Mühe – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – zwei Positionen in groben Zügen ausmachen:

Die erste ist augenscheinlich recht analytisch. Seit Jahren scheren wir uns nicht um Grenzverläufe und Nationenhickhack. Unser Selbstverständnis und Handeln bestimmt sich nicht entlang nationaler Grenzen, sondern an unserem militanten Internationalismus („die Grenzen verlaufen nicht zwischen Nationen, sondern zwischen oben und unten"). Wenn die Mauer zusammenbricht, die Ostblockgrenzen sich auflösen, die Weltkarte neu geschrieben wird, dann mag das ein Problem der Herrschenden sein. Unsere Bezugspunkte sind die Aufstände, die Riots... weltweit... und damit basta. Die herrschende Realität wird das verdammt nochmal zur Kenntnis nehmen und sich nach uns richten.

Ist diese erste Antwort Kosmopolitik und Kopf pur, ist die zweite Antwort dafür umso mehr Bauch: „Halts Maul, Deutschland. Es reicht" (Aufruf zu den Aktionstagen für den Wiederzusammenbruch vom 30.9.-3.10.90 in Berlin)

Wenn es uns schon nicht mehr gelingt die Ohren zuzuhalten, dann sollen *die* wenigstens ihr Maul halten – als hätten wir was zu sagen. „Halts Maul Deutschland. Es reicht." In Berlin reichte es für eine Demo mit ca. 15.000 Menschen, in Frankfurt für eine Spontandemo von ca. 50-100 Menschen. Das reicht vorne bis hinten nicht.

Es hat sich wohl weitgehend herumgesprochen. Die Linke im allgemeinen und die Autonomen im besonderen stecken in einer Krise. Die Ereignisse 89/90, der Mauerdurchbruch, die politische Ausschaltung der TrägerInnen der DDR-Opposition, der als Staatsvertrag getarnte Kaufvertrag über die Ex-DDR usw. sind nicht der eigentliche Grund für unsere Krise. In ihnen drückt sich vielmehr in aller Konsequenz unsere radikale Abwesenheit aus. Wir waren zu keiner Zeit ein zu beachtender Stolperstein auf dem Weg zur „Wiedervereinigung". Es ist nicht die Niederlage, die uns so ohnmächtig macht, sondern die *Bedeutungslosigkeit*, die uns mit den deutsch-deutschen Ereignissen vor Augen geführt wurde. Gab es in den letzten 20 Jahren zu allen Fragen von oben einen Widerstand von unten, der öffentlich beachtet, reformistisch aufgegriffen und repressiv verfolgt werden mußte, so waren die wenigen Proteste und Widerstände 89/90 kaum noch eine Randnotiz wert.

Damit sind die Relationen und Gewichts-Verhältnisse offensichtlich geworden, die in den Kämpfen an Bauzäunen, Mauern und Projekten allzuoft untergingen. Am Augenscheinlichsten sind mit den Ereignissen 89/90 jahrzehntelang, weitgehend unumstrittene Welt-Bilder und -ordnungen zusammengebrochen. Was für die Reformierten (von GRÜNEN bis hin zu den komunistischen Ex-Partei-Soldaten) als letzter Akt der Befreiung gefeiert wird und in selbstläuternden Gelöbnissen zum „geeinten" Deutschland seinen Höhepunkt fand, ist für viele Linke ein Grund mehr, an diesen Welt- und Ordnungsbildern festzuhalten. Aus Angst tatsächliche Risse, Brüche und Veränderungen könnten alles in Frage stellen, werden allzuoft mit ideologischer Füllmasse begründete Unsicherheiten und Zweifel glattgestrichen. Was für die reformierte Linke in ideologisch-enthemmte Machtpolitik mündet, endet – vorläufig – unter uns in Sprachlosigkeit oder unsäglichen Flugblättern.

In der Ritualisierung von Antworten, gerade wenn es um Fragen nach dem deutschen Faschismus, Nationalismus und

Rassismus geht, sehen wir einen Grund für unsere Unfähigkeit, auf die Ereignisse der letzten Jahre zu reagieren.

Wenn wir auf dieses Deutschland mehr Antworten suchen als Gegen-Rituale, dann müssen wir doch einschränkend hinzufügen, daß wir der „Macht der Erkenntnis" nur eine ganz bescheidene Wirkung zusprechen. Das „richtige" Bewußtsein ist heute mehr denn je eine äußerst unzulängliche Waffe.



Das „4. Reich" – oder die politische Selbstentwaffnung militanten Antifaschismus

Es gibt selten ein Thema, wo es uns sowenig auf Unterscheidungen, Differenzierungen und vorsichtigen Annäherungen ankommt, wie beim Thema „Deutscher Faschismus". Je praller wir – verbal – zuschlagen, desto antifaschistischer. Wobei die von uns, die Zweifel äußern, Differenzierungen fordern, immer mit dem Verdacht zu kämpfen haben, es nicht richtig ernst zu meinen, der wachsenden Faschismus-Gefahr nicht ins Auge zu sehen.

Es gibt kaum ein Thema, das so bestimmend Männersache ist, wie in antifaschistischen Zusammenhängen. Das hat weniger etwas mit Gewalt-gegen-Gewalt zu tun, vielmehr mit Um- und Herangehensweisen, die Gemeinsamkeiten mehr gegenüber dem Feind aufrichten, als an eigenen, anderen Lebensvorstellungen.

Es gibt kaum ein Thema, das so voller Gegen-Rituale, inhaltlicher Umkehrungen und standardisierter Antworten ist wie der Anti-Faschismus der letzten 10-15 Jahre („Ausländer raus – Nazis raus"; Rotfront verrecke" – „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft"; Nazi-Embleme – Antifa-Embleme...)

Wenn es um Faschismus geht, schrumpfen die Unterschiedlichkeiten zwischen KB, Antifa, K-Gruppen, Antiimperialist-Innen und Autonomen auf's Unscheinbare. Offensichtlich sind wir uns mehr oder weniger einig: Im Kampf gegen die „ungebrochene Tradition des deutschen Faschismus", gegen den wachsenden Nationalismus, gegen verschärfte AusländerInnenfeindlichkeit und gegen die zunehmenden Rassismen. Die Summe all dieser Kontinuitäten mündet im gemeinsamen Aufruf, ein – drohendes –, „4.Reich" zu verhindern.

Es sind dies – ohne dies hier weiter auszuführen – im wesentlichen die Faschismus-Thesen der 70er Jahre. Oder unter Berücksichtigung des Zeitfaktors: Alles, was wir schon immer gesagt, wovor wir schon lange gewarnt haben mit Großdeutschland malgenommen (wobei Sexismus- und Patriarchatskritik mehr additiv als qualitativ dazugekommen ist).

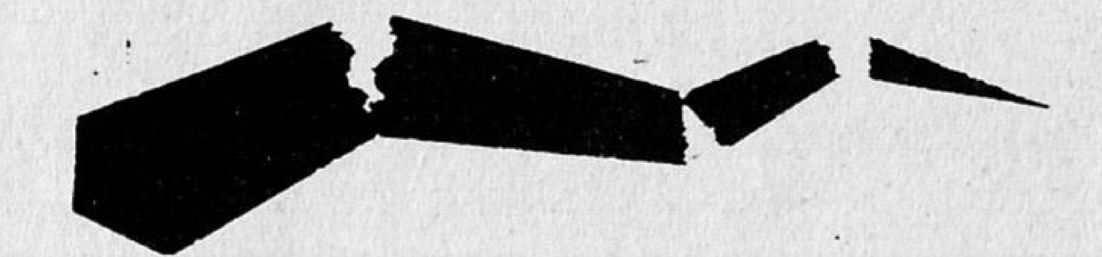
Wenn wir im Folgenden die Faschismus-Thesen der 70er Jahre kritisieren, dann aus zwei Gründen:

1. Wir halten diese heute für politisch selbstentwaffnend. Anstatt unseren Blick und unser Handeln für Widersprüche, Gegenläufigkeiten und Veränderungen zu schärfen, ebnen wir sie ein und machen sie damit unangreifbar. Wie wenig wir mit diesen „Wiederholungen" die Veränderungen der letzten Jahre einholen konnten, beweist die Reibungslosigkeit mit der deutsch-deutsche Geschichte gemacht wird.

2. Die Faschismus-Thesen der 70er Jahre hatten einen gesellschaftlichen Hintergrund, der mit heute nicht mehr zu vergleichen ist. Diese Thesen heute fortzuschreiben, heißt zudem, die eben auch erfolgreichen anti-faschistischen Kämpfe der 60er und 70er Jahre zu leugnen, die Veränderungen, die diese Kämpfe mit erzwungen haben.

Die antifaschistischen Thesen der 70er Jahre waren auf eine Gesellschaft gerichtet, die mit der „Stunde Null", 1948, ihre eigene Geschichte tabuisierte, eine Gesellschaft voller leibhaftiger Kontinuitäten, deren Tugenden sich in nichts von denen der 30er Jahre unterschieden, gegen einen Staat, der jede Opposition, die das „deutsche Trauma" zur Sprache bringen und zur Verantwortung zwingen wollte, zum Schweigen brachte (Kommunistenhatz der 50er Jahre, Anti-Wiederbewaffnungs- und Anti-Atomtod-Bewegung), ein Staat, der die gesellschaftlichen *Zentren* mit Wiederaufbau und Wirtschaftswunder vollbeschäftigen und „versorgen" und Opposition an den *Rand* der Gesellschaft drücken konnte. Damals mußte zurecht von der ungebrochenen Kontinuität des deutschen Faschismus ausgegangen werden, mit der daraus abgeleiteten Gefahr einer schleichenden bis offenen Faschisierung. Doch im Gegensatz zu den 40er und 50er Jahren fand die Opposition in den 70er Jahren fast in jedem Winkel der Gesellschaft ihre Übersetzung – ob in der Auseinandersetzung mit den eigenen Eltern, im Betrieb oder in der Lehre, an der Uni und in den Schulen, in selbstverwalteten Jugendzentren oder in vielen Kämpfen auf der Straße. Die 68er/70er Bewegungen erzwangen die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit, die Konfrontation mit anderen Lebensvorstellungen und -utopien, jenseits des deutschen Untertanengeistes. Es sind diese Veränderungen – auf die wir später genauer eingehen werden – die diese Gesellschaft und diesen Staat wesentlich mitprägten.

Diese Veränderungen müßten alleine dadurch augenscheinlich werden, wenn wir in der Ex-DDR die „stillgelegten" rassistischen und nationalistischen Potentiale erleben, die sich nach 40-jähriger sozialistischer Inverwahrnahme nun ihren Weg in die „Freiheit" schlagen. Damit ist noch lange nicht gesagt, daß ein „bearbeiteter" Faschismus gegenüber einem geleugneten Faschismus „besser" oder weniger bedrohlich ist. Gesagt ist damit vielmehr, daß wir diese Unterschiedlichkeiten überhaupt erst erkennen müssen, um ihre spezifischen (Aus-)Wirkungen angreifen zu können. (Daß die letzte *„Nie wieder Deutschland"*-Demo am 3.11.90 nicht – wie anfangs geplant – in Leipzig, sondern in Berlin-West stattfand, ist eine – zumindest pragmatische – Anerkennung unterschiedlicher Bedingungen).



Wie wenig die Faschismus-These vom „4.Reich" – als Summe aller Kontinuitäten – die Veränderungen und Entwicklungen der letzten Jahre erklären kann, läßt sich mit ein paar „querliegenden" Beispielen andeuten:

Die *Ideologie „Frau zurück an den Herd"* kann nicht die Nutzbarmachung „weiblicher Qualitäten" in allen gesellschaftlichen Bereichen – von der Frau in Polizeiuniform, über die Managerin zur Frauenbeauftragten und erfolgter Quotierungen – erklären.

Die Ideologie der „Rassenreinheit" erklärt nicht die kosmopolitische Stuyvesant-Kampagne unter dem Motto „come together", das rot-grüne Konzept einer multikulturellen Gesellschaft.

Der überkochende, *fahnentrunkene Nationalismus* gibt keine Antwort auf die nüchterne DM-Mentalität vieler Deutscher.

Die Ideologie von der „Volksgemeinschaft“, von dem einen Volk erklärt nicht die Yuppisierung und Streuung (Diversifikation) herrschaftsförmiger „Lebensstile“.

Die soldatische, asketische Haltung des Faschismus erklärt nicht das hedonistische, auf (Lust-)Befriedigung ausgerichtete Lebensgefühl breiter Mittelschichten, die unüberhörbare, einflußreiche Propagierung dieses Kir-Royal-Bewußtseins durch seine real-politische Avantgarde (dabei spielen – nicht ohne Ironie – gerade die Ex-Soldaten kommunistischer Kaderschmieden vom RK über KBW zu Teilen des KB eine führende Rolle).

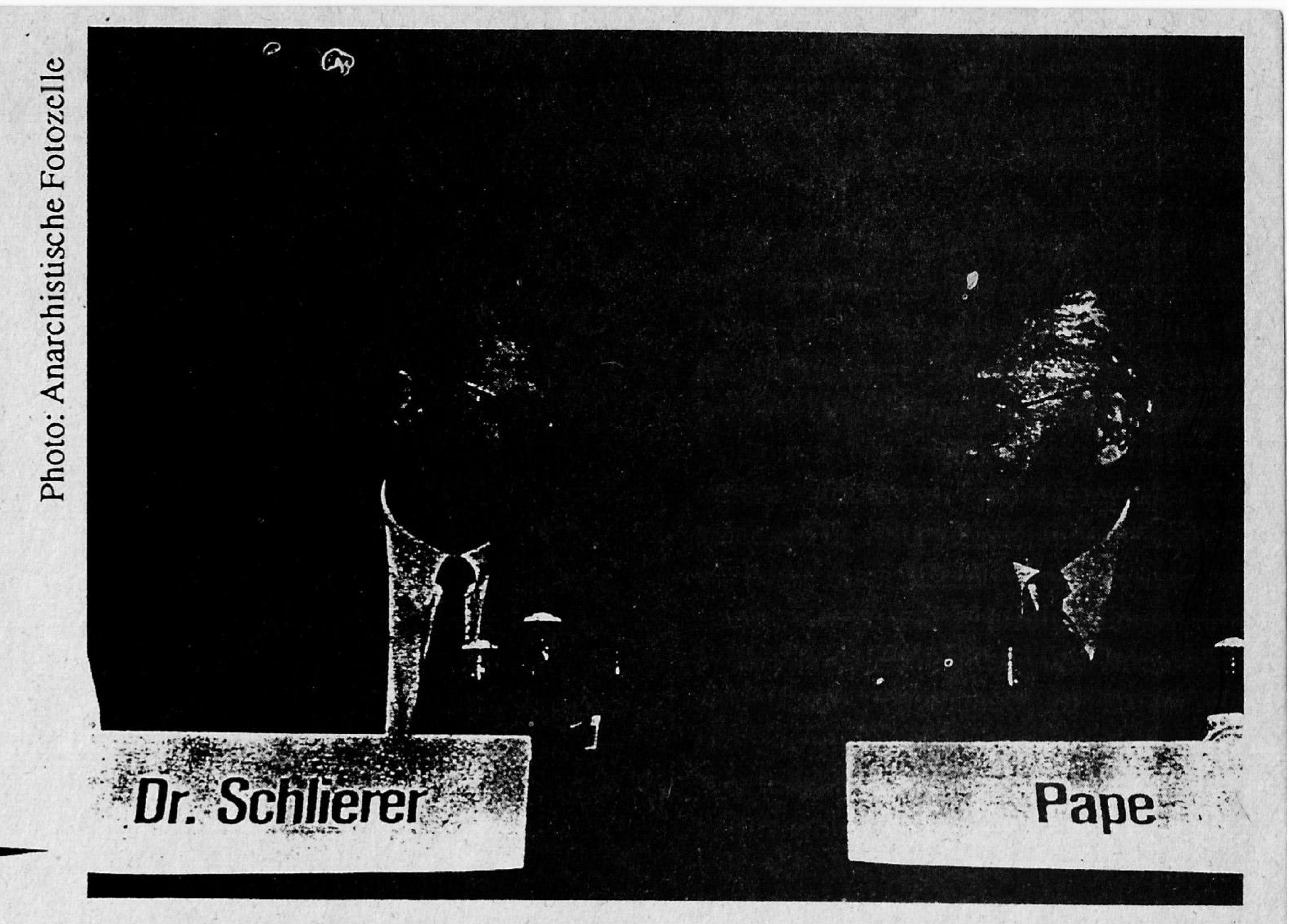


Photo: Anarchistische Fotozelle

Wenn wir im Folgenden die *Veränderungen* innerhalb des kapitalistischen Systems nach 1948 zu beschreiben versuchen, dann auf dem Hintergrund unserer Einschätzung, daß diese *Veränderungen* und eben nicht die Kontinuitäten des deutschen Faschismus bestimmend für die Stabilität dieses Nachkriegsdeutschlands sind.

Diese Einschätzung schließt die These mit ein, daß sich unsere Schwierigkeiten, militanten Widerstand zu verbreitern, weniger aus den Kontinuitäten, als aus den erfolgten Veränderungen erklären lasen. Kommen wir zu den Veränderungen, die wir weitaus schwerer fassen und angreifen können als die ideologischen, personellen und ökonomischen Kontinuitäten:

— Heute werden Gewerkschaften nicht zerschlagen, sondern durch sie hindurch regiert.

— Heute werden soziale und politische Widersprüche nicht geleugnet, sondern für die Dynamik dieses Systems nutzbar gemacht. (Bürgeranhörung als Frühwarnsystem., soziale Protestformen als kapitalistischer Innovationsschub...) „Oppositionelle Artikulationsmöglichkeiten sollen also keineswegs eliminiert, vielmehr ihre Ungebundenheit und Unvorhersehbarkeit blockiert werden, um sie in genau bestimmte, rechtlich festgelegte, im optimalen Fall verfassungsrechtlich normierte Formen und Grenzen zurückzuholen“ (Agnoli)

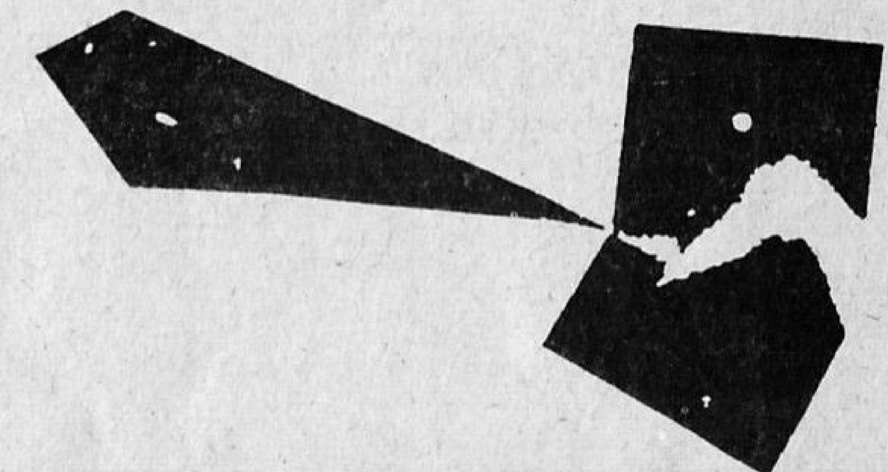
— Heute werden sexuelle Bedürfnisse nicht tabuisiert (und damit als subversive Kraft potentiell unkontrollierbar), sondern durch deren Öffentlichmachung erst codierbar und manipulierbar.

— Heute wird Herrschaft nicht durch das anonyme Zusammenfügen von Massen, durch Massenaufmärsche, sondern durch deren systematische Individualisierung und Atomisierung hergestellt.

— heute wird der Massenkonsens nicht von einem Terror flankiert, der in seiner *Wahllosigkeit und Willkür* jede/n treffen kann. Die Qualität heutiger Repression ist gerade, *gezielt* Menschen zu verfolgen, die sich gegen den Herrschaftskonsens stellen. Die staatliche Verfolgung „unbescholtener“ BürgerInnen ist heute eher ein Grund zur öffentlichen Rehabilitierung als eine unausweichliche, gewollte Begleiterscheinung staatlicher Gewalt. Hinzu kommt, daß die Wirkung (abschreckender) staatlicher Gewalt mehr in der *Unausweichlichkeit* staatlicher Verfolgung als in deren *öffentlichen Inszenierung* liegt.

— Die soziale Identität vieler Menschen wird heute weniger über deren nationale Zugehörigkeit, als über deren verwertbare Leistung bestimmt. Heute zählt mehr der Leistungs- als der Ariernachweis – was noch lange nicht heißt, bei selber Leistung denselben Lohn oder gar die gleiche Chance zu bekommen.

— Die Vorstellung von einer „faschistischen Machtergreifung“ durch Parteien außerhalb des herrschenden Parteiengefüges, wie z.B. durch die REP's, entspricht eher politischen Nachbildungen der 20er Jahre, als der veränderten Parteienstruktur und -funktion heutiger, staatstragender Volksparteien. Die Verwandlung von Klassen- zu Volksparteien befreit diese von der Wahrung bestimmter Kassen- und sozialgebundener Interessen und Wertvorstellungen. Was augenscheinlich – gerade von SPD und GRÜNEN – als Aufhebung des Rechts-Links-Denkens gefeiert wird, ist nichts anderes als die Wahllosigkeit politischer und kultureller Herkunft., Ausdruck für die wachsende Zerstörung klassen- und sozialgebundener Lebensbedingungen und Vorstellungen. Diese Wahllosigkeit schließt ihre skrupellose Nutzung mit ein, geradezu beliebig rechts oder links aufzufahren, solange diese Wahlmanöver am Grundkonsens aller Demokraten nicht rütteln.



— Mit der Integration des Ausahmezustandes in den Normalzustand (z.B. durch den § 129a verschaffen sich die Herrschenden selbst das Präventiv-Instrumentarium, um systemoppositionellen Widerstand zu bekämpfen, bevor dieser die Herrschenden vor die Frage offener, faschistischer Gewaltanwendung stellt. Es gehört zu jenen „Lernprozessen“ dieses Modell Deutschlands, die Ausrufung des Notstands dadurch überflüssig zu machen, indem man ihn zu einem integralen Bestandteil des Normalzustandes macht.

Ausnahmezustand und Normalzustand, Krieg und Frieden, Hunger und Wohlstand, Vernichtung und Integration sind keine voneinander zu Trennende, sich gegenseitig ausschließende Herrschaftszustände; vielmehr stellen diese in ihrem weltweiten Zusammenwirken ein wesentliches Fundament für die Stabilität westeuropäischer Metropolen dar. Damit ist auch eine Schwierigkeit angeschnitten, die geschichtliche Trennung von bürgerlicher und faschistischer Herrschaft so aufrechtzuerhalten.

Um den Ausgangsgedanken noch einmal unter einem anderen Blickwinkel aufzugreifen: die Stabilität Deutschlands, der darin verankerte passive Konsens, ist nicht aus der Kontinuität des deutschen Faschismus erklärbar, sondern aus seinem Scheitern.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: dieses Deutschland hält all jene ökonomischen, politischen (Grund-)Strukturen, psychischen und sozialen Zurichtungen bereit, deren sich auch der deutsche Faschismus bedient hat. Nichts besonders deutsches, sondern Basiskonzentrat jeder kapitalistischen Gesellschaft: Autoritätshörigkeit, Nationalstolz, patriarchale Strukturen, Ordnungs(wahn)sinn, Leistungsethos... Die Frage ist aber, ob sich dieses Großdeutschland auf absehbare Zeit „gezwungen“ sieht, diese Potentiale zur Überwindung von Krisen zu eskalieren. Entweder als Antwort auf massenhaften, systemverändernden Widerstand oder/und als Antwort auf die Nichtkonkurrenzfähigkeit nationaler Kapitale. Um es kurz zu machen: Weder werden wir auf absehbare Zeit das System vor die Alternative stellen, noch wird es das Kapital nötig haben, angesichts zunehmender Kämpfe und innerer Krisenhaftigkeit zu kapitulieren bzw. zur faschistischen (End-)Lösung zu greifen. Vom Gegenteil ist eher auszugehen: Noch nie hat es in der Geschichte Deutschlands so wenig Gründe gegeben, faschistische und nationalistische Potentiale zur Stabilisierung von Herrschaft zu aktivieren. Es gab noch nie so wenig breite, organisierte Systemopposition wie heute, noch nie war deutsches Kapital so konkurrenzfähig/markterobernd auf dem Weltmarkt wie heute (ganz abgesehen von der Internationalisierung nationaler Kapitale) und noch nie stand der Markt „Osteuropa“ gerade Deutschland so „zur freien Verfügung“.

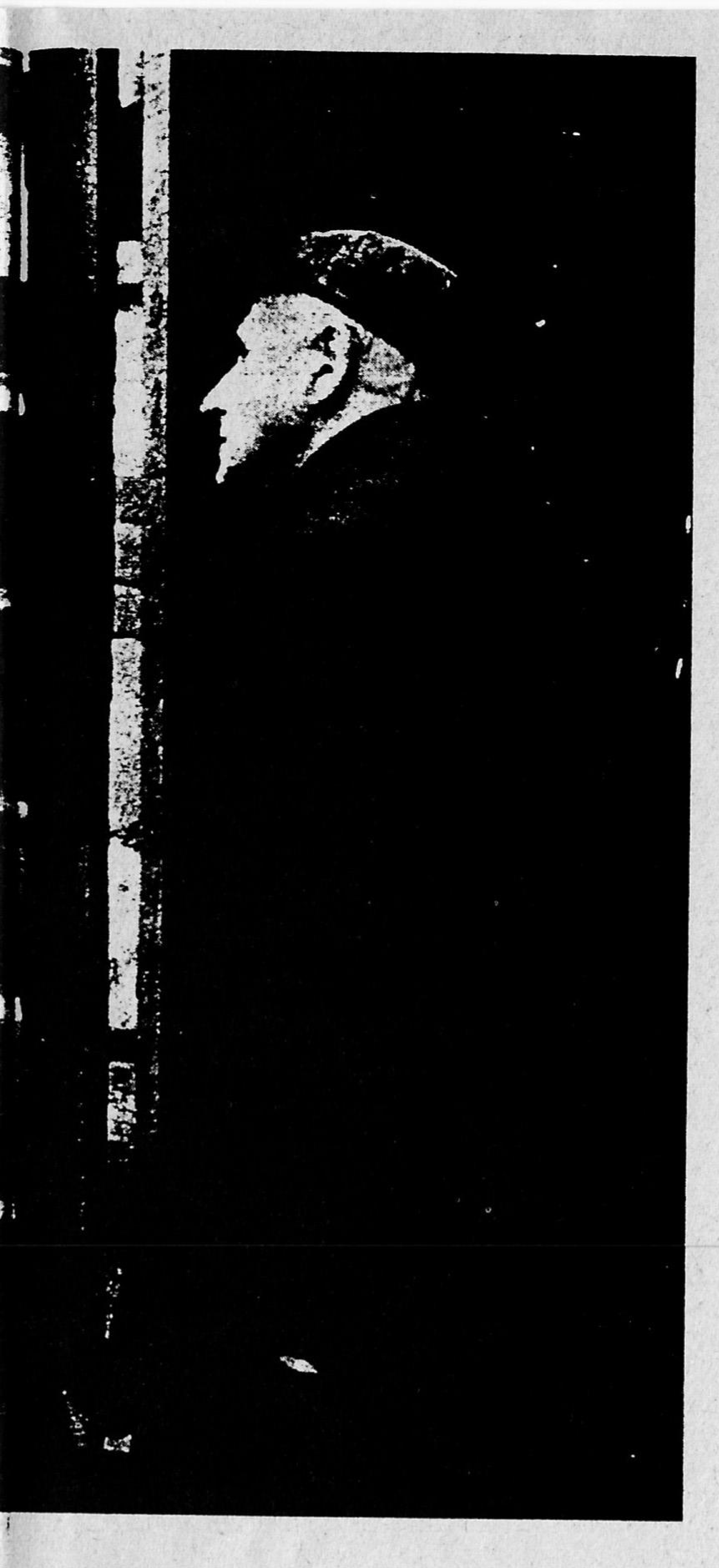


Photo: Theo Heimann

Die Fortschreibung deutscher Geschichte auf's „4.Reich“ ist keine Frage unterschiedlicher Gewichtung oder verschiedener Maßstäbe. „Deutschland denken heißt Ausschwitz denken!“ ist die Zwischrenüberschrift eines Flugblattes zum 3.10.90 aus dem „Radikale Linke“-Spektrum. Mit dieser Gleichung landet die Geschichte in der Tiefkühltruhe: wir frieren Geschichte ein, anstatt aus ihren Veränderungen, Brüchen heraus unsere Kämpfe (mit-)zubestimmen. Mit dieser Gleichung bringen wir 40 Jahre BRD-Geschichte und -kämpfe zum Schweigen. Und das ist ganz und gar nicht zufällig: auf dieses Nachkriegsdeutschland haben wir weitaus weniger Antworten als auf seine faschistische Vergangenheit. mit dem schnellen Griff zum Brandzeichen „faschistisch“ entgehen wir allzuoft der mühsamen Anstrengung, unsern Widerstand aus der eigenen Geschichte, aus den Erfahrungen anderer Kämpfe zu entwickeln.

„Deutschland denken heißt Ausschwitz denken“ steht auch für eine „linke Tradition“, die sich eher aus und mit den Opfern erklärt, als aus dem eigenen Widerstand, aus den Erfahrungen und Konsequenzen, die wir aus früheren Kämpfen gezogen haben (müßten!).

Weil es Auschwitz gab, heißt, an Deutschland denken gerade auch an Widerstand denken. Hören wir auf, immer wieder die Opfer für uns sprechen zu lassen, ihnen unsere Antworten und Konsequenzen in den Mund zu legen. Damit stellen wir uns nicht auf die richtige Seite, sondern in die Fluchtlinie derer, die mit ihren staatstragenden Mahnungen an die Opfer des Faschismus die Tatsache zum Schweigen bringen wollen, daß Widerstand geleistet wurde, daß Widerstand möglich war... und ist! Beziehen wir uns in unseren Kämpfen heute auf die Frauen im Widerstand, auf die Widerstandsgruppen im 3.Reich – wir bräuchten ihnen nichts in den Mund zu legen – sie können uns was sagen.



Wir sehen noch einen anderen Grund für die These vom „4.Reich" – ein Grund, der weniger unsere Einschätzungen berührt, als die elementare Frage nach der Legitimität militanten Widerstands. Jeder Widerstand muß sich legitimieren. Wenn wir uns gerade nicht auf herrschende Gesetze und Geschichtslehren berufen, dann muß unsere Legitimität in den Kämpfen sichtbar werden, in der Art, wie wir kämpfen, wie wir unsere Lebensvorstellungen darin zum Ausdruck bringen.

Wir sehen in der Geschichte des autonomen Anti-Faschismus der letzten Jahre eine gefährliche politische Tendenz: Antifaschistischer Widerstand wird allzuoft an sich gerechtfertigt. Eine historische Legitimität, die sich alleine aus der Tatsache des 3.Reiches ergibt. Eine Legitimität, die sich aus der scheinbar weltweiten Verurteilung des Nazi-Regimes ergibt, und eben nicht aus den eigenen Handlungen und Wertsetzungen.

Mit dem Verweis auf faschistische Kontinuitäten „borgen" wir uns diese historische Legitimität, anstatt sie selbst zu begründen. eine Legitimität, die damit mehr auf das „schlechte" bürgerliche/linke Gewissen setzt, als auf die Faszination und Ausstrahlungskraft widerständischen Lebens.

Antifaschistischer Widerstand, der sich moralisch rechtfertigt und nicht aus den eigenen Kämpfen, läuft Gefahr, daraus einen Kampf zweier Ideologien zu machen. Nicht mehr unterschiedliche Wirklichkeiten bestimmen den Kampf, sondern die „richtige" Ideologie.

Der Versuch, den Kampf gegen die Ideologie des Faschismus zu führen, und nicht gegen eine soziale Wirklichkeit, die der Faschismus – gegen „bürgerliche Feigheiten und Halbheiten" – zuende denkt, scheiterte geschichtlich schon einmal – blutig und tödlich. Gegen die faschistische Propaganda, gegen SA-Schlägertrupps und ehemalige Frontsoldaten kämpfte eine breite Basis aus sozialdemokratischen, kommunistischen und linksradikalen AntifaschistInnen erbittert und ausdauernd. Doch die Schlacht gegen die Nazis wurde nicht nur auf der Straße verloren, sondern gerade auch „zuhause", in den eigenen Reihen. Dort, wo die Helden der Arbeit und der Straße, die Disziplin und bedingungslose Unterordnung, patriarchale Familien- und Parteistrukturen nicht angegriffen, sondern gegen jede Form der Abweichung und Infragestellung verteidigt wurden.

Indem diese Strukturen innerhalb des antifaschistischen Widerstands nicht verändert wurden, war für den Faschismus der Weg frei, diesselben Strukturen unangefochten zu mobilisieren, daß der Faschismus für diese Lebenshaltungen und -vorstellungen „näherliegende" Antworten hatte, war damit eine Frage der Zeit.

Für das Scheitern des antifaschistischen Widerstandes in der Weimarer Republik war die Unüberwindbarkeit dieser patriarchalen Strukturen weit aus entscheidender, als die Niederlagen auf der Straße und bei den Wahlen.

Wie überwindbar hingegen ideologische Gegensätze waren (und sind), wenn sie mit denselben patriarchalen Strukturen verbunden sind, beweisen alleine die in die 100.000 gehenden kommunistischen und sozialdemokratischen WählerInnen, die 19032/33 mit ihrer Stimm der NSDAP den „Wahlsieg" ermöglic ten.

Autonomer Antifaschismus – ein Kampf gegen die „Vorboten des 4.Reiches"?

Wenn wir die letzten knapp 20 Jahre e wenig sprung- und lückenhaft an u vorbeiziehen lassen, dann läßt sich z mindest eine „fallende" Tendenz ausm chen: Eine Auseinandersetzung, die a ihrem „Höhepunkt" fast alle gesellscha lichen Bereiche erfaßte, an der kau jemand vorbeikam, verengte sich mit de Jahren zusehends auf eine Auseinande setzung zwischen Autonomen un Faschos – nicht mitten in den Verhältni sen, mehr im Schatten der Verhältnisse

Es gibt dafür eine Anzahl von Grün den, die an uns liegen. Ausnahmsweis möchten wir einen Grund anführen, d mit uns nichts zu tun hat.

Wenn jemand aus den Auseinandersetzungen der 60er und Anfang der 70er Jahre „gelernt" hat, dann war es dieser Staat. Konnte der Staa in den 60er/70er Jahren noch mit seinem Schweigen konfrontiert werden, so bringen uns heute die Antworten mehr zum Schweigen als in wilde Rage. Antifaschismus ist kein Thema mehr, das von Außen gegen diesen Staat, gegen seine gesell schaftlichen Machtträger durchgeset werden muß.

Heute gehört Anti-Faschi mus zum Staatsgut, kein historisch Rückblick kommt ohne das Gedenken die Opfer des deutschen Faschismus a Mehr noch: indem der Anti-Faschisn staatlich institutionalisiert wurde, konn ten auch die „Lehren aus der deutsche Vergangenheit" im Rechts(staats)sinn gewendet werden.

Mit der (erzwungenen) Anerkennung der historischen Schuld und Mitverantwortung war überhaupt erst die Möglichkeit eröffnet, die sich daraus ergebenden „Lehren" umzudrehen: aus dem Widerspruch, aus der Opposition zu diesem Nachfolgestaat wurde ein Bekennt-

is zu diesem Staat. *„Das Vergessen zu erhindern, ist ein Mittel, den Menschen ewußt zu machen, was sie an der Demo- ratie zu schätzen haben."* (Kohl, FR v. 0.11.88). Damit ist es den herrschenden deologieträgern gelungen, die Auseinan- ersetzung mit dem deutschen Faschis- ius staatlich zu zentrieren. Das hieß vor llem, diese nicht in den Händen der 'erfolgten und Oppositionellen zu las- en, sondern in eine Lehrstunde für)emokraten zu verwandeln. Heute lassen ie Herrschenden keinen Gedenktag aus, m als erste über die Lehren der Ge- chichte zu reden. Da ist kein Platz mehr ür einen Antifaschismus, der dieser)emokratie nicht huldigt, sondern der sie erade deshalb angreift. Es ist nicht mehr as Schweigen, es sind die Antworten, die ieser Staat auf das „dunkle Kapitel" eutscher Geschichte gefunden hat, die ie TäterInnen von unten mit den Tätern on oben versöhnt, indem sie zusammen er „Opfer des deutschen Faschismus" edenken (diese Art von Geschichtsauf- rbeitung wird gerade in der Ex-DDR achgeholt: »das SED-Regime war grau- am und überall, Widerstand war zweck- os, und deshalb wurden wir alle Opfer es Stalinismus...«) *„Opfer haben etwas ührendes an sich. Man kann um sie einen, mit ihnen leiden, sich der Erschüt- erung anheimgeben und sich dann wie- er wichtigeren Dingen zuwenden. Es ist chrecklich, aber was hätte man schon un können? Die Konfrontation mit den uden, die etwas getan haben, ist weniger equem. Sie stellt die Frage nach den Ariern", die nichts getan haben... Sie virft generell den Verdacht auf, daß man ie Verhältnisse, so wie sie sind, nicht innehmen muß. Daß man sogar gegen inen scheinbar hoffnungslos überlege- en Gegner kämpfen kann." (Ingrid Strobl, Sag nie, du gehst den letzten Weg", .325).*

Die These vom „4.Reich" leugnet nicht ur diesen staatlich regulierten Anti- 'aschismus, sie macht uns auch unfähig, larauf zu reagieren. So „leicht" es in den 0er/70er Jahren war, das allgegenwär- ige Schweigen zu durchbrechen, es mit nseren Antworten und Konsequenzen zu onfrontieren, so schwer fällt es uns heute, en Antworten der Glotz, Hauff's, irosser's, Gallinzki's usw. etwas entge- enzusetzen. Wir überlassen ihnen mehr der weniger unumstritten das Feld.

Stattdessen füllen wir vom Rand her ie These vom „4.Reich" auf, indem wir elbst die Auseinandersetzungen mit Jeonazis und Skinheads ins Zentrum utonomen Antifaschismus stellen.

Um auch da mögliche Mißverständnisse auszuräumen: Wenn wir oder andere von Skinheads oder Neonazis angegriffen werden, müssen wir in der Lage sein, uns selbst zu verteidigen. Formen militanter Selbstverteidigung (weiter-) zu entwickeln, Strukturen von Gegen-Macht aufzubauen halten wir für keine spezielle Aufgabe antifaschistischen Widerstandes. Wir wünschten uns, es wäre viel mehr ein grundsätzliches Element autonomer (Selbst-)Organisierung.

Unsere Kritik zielt auf etwas anderes: Warum müssen wir, wie so oft, Neonazis hinterherrennen, warum, diese Auseinandersetzungen geradezu suchen? Wenn wir uns an viele Anifa-Aktionen der letzten Jahre erinnern, dann ging es oft darum, zu irgendwelchen Fascho-Treffen j.w.d zu mobilisieren, irgendwelche geheim-gehaltenen Treffen ausfindig zu machen, irgendwelchen Fascho-Treffpunkten hinterherzujagen. Wir bezweifeln, daß wir sie mit der Verhinderung ihrer Parteitage und Kundgebungen tatsächlich treffen. Politisch jedenfalls treffen wir sie weitaus weniger als in ihrem Stolz: *„Die Autonomen (sind) unser größter Gegner. Sie sind gefährlich, weil sie uns den Straßenkampf streitig machen. Gewöhnliche Linke sind feige... Die Autonomen sind anders. Sie starten Aktionen, die wir am liebsten selber machen würden." (Michael Kühnen, zit. nach Radi Nr.137, S.48).*

— Na, wenn sich nicht da manch' einer von uns geschmeichelt fühlt... Wenn wir bezweifeln, daß dieser Kampf gegen Skinheads und Neonazis die politischen Gefahren trifft, die von (Groß-)Deutschland ausgehen, dann auch aus einem anderen Grund. Wir sehen in der „Verbandung" dieser Auseinandersetzungen die Gefahr der Selbstmarginalisierung militanten Widerstandes.

Wie sehr wir gerade den Herrschenden ins Bild passen, anstatt ihnen in die Quere zu kommen, veranschaulicht kaum besser die Legende vom Rechts- und Linksradikalismus. Ein Bild, das dieser Staat so sehr braucht, um sich selbst in der Mitte zu postieren: von links wie rechts gleichermaßen verhöhnt und gerade deshalb so glaubwürdig und schützenswert – mit aller Gewalt, versteht sich. Diese Legende vom Totalitarismus hat Geschichte. Es ist die Lüge vom wehrlosen, demokratischen Staat, der verfolgt von seinen Feinden von links und rechts, kapitulieren mußte. Es ist die Legende von der Weimarer Republik, die zwischen den Polen links und rechts zerrieben wurde, und aufgrund mangelnder Wehrhaftigkeit ein Opfer des Faschismus wurde.



Photo: Dirk Wilhelmy

Mit der Reduzierung militanten Antifaschismus auf einen (Zwei-)Kampf zwischen Autonomen und Neonazis stützen wir gerade diese Legende, anstatt deren Träger anzugreifen. Wie für eine Legende dann auch ein Stück Realität abfällt, demonstriert ein Polizeieinsatz in Frankfurt dieses Jahres, anläßlich einer versuchten NPD-Demo. Zuerst prügelte die Polizei auf die antifaschistische Gegendemonstration ein, um ein Durchbrechen in

Richtung NPD-Häufchen (knapp 50 an der Zahl) zu verhindern. Als sich dann ca. 60 Skinheads und Neonazis aus unerwarteter Richtung auf die Gegendemonstration zubewegten und bereits Panik auslösten, versprach die Lautsprecherdurchsage eines Wasserwerfers „Schutz"



von ungewohnter Seite: *„Bitte machen Sie die Straße für den Wasserwerfer frei. Dieser Einsatz gilt nicht Ihnen, sondern den Skinheads, die gerade im Anmarsch sind. Wir erledigen das."*

Wir werden in Zukunft mit einer paradoxen Situation konfrontiert sein: Auf der einen Seite beweisen gerade die Ereignisse um Großdeutschland, wie wenig darin die Neonazis eine politische Bedeutung haben, wie wichtig es den Herrschenden ist, ohne sie auszukommen. Auf der anderen Seite werden wir gerade aufgrund dieses Großdeutschlands mit wachsenden Angriffen von Neonazis rechnen müssen. Die Orientierungslosigkeit vieler „DDR-Entlassener", die „Befreiung" stillgelegter faschistischer und rassistischer Potentiale im Osten, die sozialen und politischen Unsicherheiten, die sich mit Großdeutschland verschärfen werden, werden sich gehäuft in neonazistischen Überfällen und offener rassistischer Gewalt ausdrücken.

Einen Grund sehen wir in der ideologischen Schere zwischen oben und unten: Während die Herrschenden die ideologischen Grenzen des Nationalismus ökonomisch und politisch überschritten haben, halten sich die Opfer der kapitalistischen Modernisierung und des „Sozialismus" umso mehr daran fest. Der wachsende Neonazismus ist mehr eine Antwort Europa-weiter kapitalistischer Umstrukturierungsprozesse, als daß sich darin die politischen Antworten oder gar Hoffnungen der Herrschenden wiederspiegeln. Im Gegenteil: In den Ereignissen der letzten Wochen drückt sich eher die Tendenz aus, den Neonazismus, „die Gewalt der Straße" wieder unter Kontrolle zu bringen, die „Gewalt von unten" aus der öffentlichen Auseinandersetzung zu verdrängen. Die Polizeischüsse auf Skinheads und Neonazis, die tödlichen Polizeischüsse auf Fußballfans einige Tage später in Leipzig verweisen eher auf die Strategie, die „innere Ruhe" und den „sozialen Frieden" – auch um den Preis von Toten – aufrechtzuerhalten.

Wie wenig die Neonazis eine politische Alternative für die Herrschenden sind, wie schnell diese sogar gegen Neonazis vorgehen, wenn diese eine politische Alternative zu den Herrschenden werden, zeigt u.a. das Verbot der Nationalen Sammlung (NS), (die 1988 in Frankfurt vom Kühnen-Flügel innerhalb der FAP gegründet wurde, –) kurz vor der Hessenwahl Anfang '88. „Überraschung" und „Bestürzen" lösten die vorangegangenen Wahlen in West-Berlin aus, als die Republikaner mit 7,5% ins Parlament einzogen und noch in derselben Nacht über 10.000 Menschen gegen ihren Einzug protestierten. Diese „Bilder" von Deutschland sollten sich in Hessen nicht wiederholen. In einer Blitzaktion wurde am 4.2.89 das Verbot gegen die NS verhängt.

Nachspann

Reißen wir nur eine von vielen Konsequenzen an, die sich aus dem Vorangegangenen ergeben müßten:

Wenn wir sagen, die faschistische Ideologie von der „Rassenreinheit" geht in einen viel tiefgreifenderen kulturellen Rassismus auf, dann heißt das u.a. auch: andere, fremde kulturelle Einflüsse werden heute nicht eliminiert, sondern dienen in ihrer systematischen Entwurzelung der Veredlung deutscher Lebenskultur. Ideologisch steht das multikulturelle Konzept für die Propagierung dieser Veredlung. Praktisch füllen aber nicht nur breite Schichten der „neuen" Mittelklasse diese Ideologie aus – auch wir füllen dieses Konzept mit Leben, solange auch unser Verhältnis zu MigrantInnen, zu anderen Kulturen und Lebensvorstellungen ganz wesentlich von der atmosphärischen, kulinarischen und mystischen Bereicherung geprägt ist.

Mit dieser militanten, weißen „Mon kultur" zu brechen, hieße für uns zweie lei:

Indem wir aufhören, MigrantInnen n als Opfer zu begegnen bzw. wahrzuneh men, hören wir auch auf, unsere Solidar tät mit ihnen nur über die Gemeinsamke staatlicher Verfolgung zu definieren. Er indem wir dieses staatliche Gewaltverhäl nis als eines von vielen begreifen, könne wir anfangen, ein wirkliches Verhältni zu ihnen als Handelnde zu entwickeln Handelnde, die wie wir, nicht nur u Befreiung kämpfen, sondern ander Gewaltverhältnisse mitaufrechterhalte bzw. zu brechen versuchen. Wenn wi aufhören, unser Verhältnis zu Migrant Innen nur über die staatliche Verfolgun zu definieren, fangen wir an, uns mi deren kulturellen Vorstellungen un Lebensgewohnheiten zu konfrontieren anstatt unsere kulturellen Werte – aus de Distanz zu ihnen – zu einer fast unüber windlichen Grenzziehung zu machen. Ers wenn wir ihnen nicht mehr als Opfe begegnen, werden wir unsere eigener erkämpften Lebensvorstellungen nicht i Abgrenzung, sondern in der Konfrontation und Nähe zu anderen, uns fremder Lebensvorstellungen glaubhaft machen.

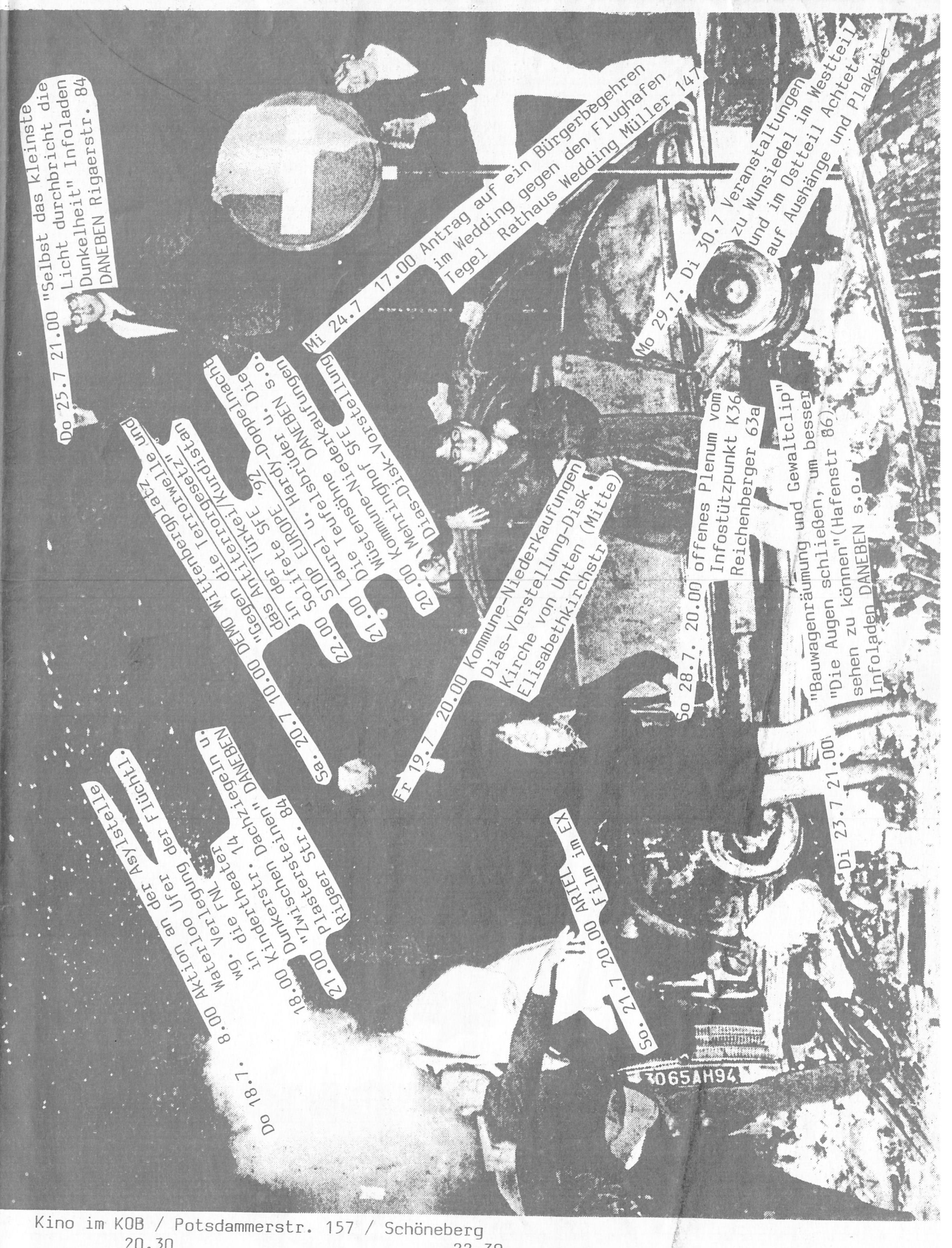
Hören wir auf, antifaschistischen Widerstand im Namen der Opfer zu begründen. Für die meisten von uns werden Flüchtlingslager etc. erst dann bekannt, wenn sie Opfer neonazistischer Überfälle werden – MigrantInnen bekommen erst dann Name und Gesicht, wenn sie Opfer tatsächlicher Angriffe werden. Erst wenn wir uns den MigrantInnen als Subjekte ihrer Geschichte, als TäterInnen ihrer eigenen Lebensvorstellungen nähern, sie uns also nicht als Opfer auf Distanz halten, – verändern wir unser Verhältnis zu ihnen grundlegend.

Das wäre auch das verdiente Ende militanter Doppelmoral: sie als MigrantInnen in die Mitte unserer internationalistischen Solidarität zu stellen, um dann mit unserer – oft abstrakten – Kritik an patriarchalen, religiösen und autoritären Strukturen einen zweiten Ring um ihre ghettoisierten Lebensbedingungen zu ziehen.





20★7★SFE
STOP EUROPE '92
CARAVANE AGAINST E.C. '92
DANGER EUROPEAN BORDER
Section 28
3rd World
E.C. ARMY
HEUTE EUROPA MORGEN DIE GANZE WELT!
WHITES ONLY
EC
DM
£
ZOLL
DOUANE
SOLIFETE
ÜBER RASCHUNG
22⁰⁰
INFOS
FILME
30



Kino im KOB / Potsdammerstr. 157 / Schöneberg

	20.30	22.30
Fr 19.7	Der Aufstand	Der Aufstand
Di 23.7	Gera, eine Stadt in der DDR	Moderne Zeiten
Mi 24.7	Gera, eine Stadt in der DDR	Meantime
Do 25.7	Meantime	Moderne Zeiten


YUNCOS